

05/08/09/17

Streife

Das Magazin der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen

**Ein feierlicher Moment für alle
Kommissaranwärterinnen und -anwärter vereidigt**

> **NEUSTART FÜR DIE SICHERHEITSPOLITIK IN NRW**

> **DIE DIGITALE WELT DER VERKEHR SUNFALLAUFNAHME**

»Sicherheit ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass sich Menschen frei entfalten können.«

Herbert Reul
Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen



Liebe Leserinnen und Leser,

ich bin Ihr neuer Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich Ihnen kurz vorstellen. Als Nordrhein-Westfale liegt mir die Sicherheit der Menschen in unserem Land ganz besonders am Herzen. Das neue Amt ist eine große Aufgabe, denn wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Die Polizistinnen und Polizisten sind für unsere Gesellschaft von sehr großer Bedeutung. Das ist ein schwieriger Beruf in einer schwierigen Zeit. Aber es ist ein wichtiger Beruf. Deshalb habe ich mich gefreut, in der Dortmunder Westfalenhalle 1.920 angehende Polizeikommissarinnen und Polizeikommissare dabei zu begleiten, feierlich ihren Eid zu leisten. Sie werden sich, wie all Ihre Kolleginnen und Kollegen, in Zukunft mit ganzer Kraft für die Sicherheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen einsetzen. Denn Sicherheit ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich Menschen frei entfalten können.

Ich selbst habe auf meinem beruflichen Weg gelernt, dass es wichtig ist, eng bei der Sache zu bleiben und das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Deshalb werde ich Schritt für Schritt vorgehen, kontinuierlich arbeiten und so die Lage verbessern.

Wir brauchen qualifizierte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Daher wollen wir 2.300 Neueinstellungen pro Jahr, um die immer größer werdende Arbeitsbelastung auf noch mehr Schultern zu verteilen. Für optimale Arbeitsbedingungen braucht es zudem eine gute Ausstattung. Das bedeutet: nicht nur das Nötige haben, sondern das Bestmögliche.

Aber das Allerwichtigste für Sie als Polizeibeamtinnen und -beamte ist Wertschätzung. Ich habe mich vor ein paar Wochen mit einigen der G20-Einsatzkräfte aus NRW getroffen, um ihnen persönlich für ihren Einsatz zu danken. Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut. Doch wenn dieses Recht als Vorwand für blinde Zerstörungswut zweckentfremdet wird, ist Ihr konsequentes Eingreifen als Polizei geboten. Bei allem Respekt, den Ihnen die Gesellschaft zollt, werden Sie dabei auch immer wieder Respektlosigkeit erfahren. Deswegen müssen auch Sie geschützt werden. Zusammen mit Jürgen Mathies als neuem Staatssekretär werde ich einen Neustart der Sicherheitspolitik in NRW gestalten. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen.

Ihr Herbert Reul

INHALT

02 __ Editorial
51 __ Impressum

TITEL

04 __ Ein feierlicher Moment für alle
Verdigung der Kommissaranwärter

PERSONAL

12 __ Neustart für die Sicherheitspolitik
in NRW NRW-Innenminister Herbert Reul
im Gespräch

EINSATZ

14 __ Entschlossenes Handeln zwischen
Ethik und Strategie Fachtagung für
Führungskräfte zum AMOK-TE-Konzept

18 __ Herbert Reul trifft G20-Einsatz-
kräfte »Politik und Gesellschaft stehen
hinter ihnen«

20 __ »Potenzialtage« machen den
Schichtdienst interessanter Fünftel-
dienstmodell findet breite Akzeptanz

24 __ Eine geglückte Umstellung Neues
Schichtdienstmodell kommt gut an

26 __ Gebündeltes Expertenwissen führt
zum Erfolg Flächendeckende Kontrollen
im Grenzgebiet

VERKEHR

28 __ Vorreiterrolle für NRW Unfallauf-
klärung mit digitaler Spurensicherung

30 __ Die digitale Welt der Verkehrs-
unfallaufnahme Das Projekt »ProDigi«
ist bei der NRW-Polizei gestartet

32 __ Pedelec oder E-Bike
Worauf sitze ich denn nun?

36 __ »Gabriel an Alle« Zehn Jahre
Landesleitstelle beim LZPD NRW

PRISMA

38 __ Benutzerfreundlich und mit hohem
Servicefaktor Die neue Webseite der
NRW-Polizei ist unter <https://polizei.nrw>
online

40 __ Haushalts- und Rechnungsportal
EPOS.NRW Landesweite Einführung für
Anfang 2018 geplant

SPORT

44 __ Herausragende Ergebnisse
11. Polizeilandesmeisterschaften im
Triathlon

45 __ NRW hat den Titel nicht
verteidigen können 23. Deutsche
Polizeimeisterschaft im Männerfußball

PERSONALIEN

46 __ Neuer Polizeipräsident für Köln
und Leverkusen Uwe Jacob folgt auf
Jürgen Mathies

47 __ Gegen das Vergessen und gegen
Antisemitismus PHK a. D. Klaus Dönecke
verstorben

48 __ Johannes Hermanns, Michael
Stein, Frank Kaiser

PREISRÄTSEL

49 __ Grusel-Musical in Hövelhof
Die »Dance Company« bringt
»The Addams Family« auf die Bühne

50 __ Ein Mord als Preis für den
Wohlstand Die »Streifen« verlost 3 x 2
Freikarten für den 27. Oktober



Foto: Jochen Tack

04 EIN FEIERLICHER MOMENT FÜR ALLE



38 BENUTZERFREUNDLICH UND MIT HOHEM
SERVICEFAKTOR



ProDigi

Nordrhein-Westfalen

Sicherung digitaler Fahrzeugspuren
zur Verkehrsunfallaufnahme
durch die Polizei NRW

30 DIE DIGITALE WELT DER VERKEHRSunfallaufnahme

Wertschätzung, Rückendeckung und allseits hohe Erwartungen

Ein feierlicher Moment für alle:
Die Vereidigungsfeier von 1.920
Kommissaranwärterinnen und
-anwärtern

A



Am Anfang Juli standen in der Dortmunder Westfalenhalle der gegenseitige Respekt und das Verantwortungsbewusstsein im Vordergrund der Reden. Landesinnenminister Herbert Reul betonte bei seinem ersten größeren öffentlichen Auftritt, wie bedeutend und sinnvoll die Arbeit bei der Polizei sei und dass sie die Wertschätzung aller Bürgerinnen und Bürger und die Unterstützung durch die Politik verdiene.



Am Ende einer knapp dreistündigen Veranstaltung mit zahlreichen Show-, Musik- und Redebeiträgen standen 1.920 angehende Polizeikommissarinnen und –kommissare in der Dortmunder Westfalenhalle, setzten ihre Dienstmützen auf und leisteten, angeleitet vom Leitenden Polizeidirektor Dieter Keil, gemeinsam den Eid: die Verfassung und die Gesetze zu befolgen und zu verteidigen und Gerechtigkeit gegenüber jedermann zu üben. Vor diesem feierlichen Moment ging es sehr persönlich zu. Sieben Anwärter hatten genau am Vereidigungstag Geburtstag. Sie erhielten ein eigenes »Happy Birthday«-Ständchen, begleitet vom Landespolizeiorchester NRW. Und die ganze Halle sang mit. Denn auf den Rängen hatten sich etwa 6.000 Angehörige versammelt – Verwandte und Freunde. Auch zahlreiche Ehrengäste aus den Polizeipräsidien, den Kreispolizeibehörden, dem LAFP NRW und der FHÖV NRW der jungen Polizistinnen und Polizisten waren dabei – und der frisch ernannte Staatssekretär Jürgen Mathies, der bis vor wenigen Tagen noch Polizeipräsident von Köln war. Schon beim Einzug hatten alle Anwärterinnen und Anwärter ihren ersten Gänsehautmoment erlebt. Sichtbar stolz zogen sie ein und füllten schnell den gesamten Innenraum der Westfalenhalle. Dass die Polizei NRW eine so große Feier für sie ausrichtete, war auch als ein Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung ihrer Entscheidung für den Polizeidienst zu verstehen. >



Foto: Jochen Tack



Der Dienst als Kompass fürs Leben

Der Dortmunder Polizeipräsident Gregor Lange hielt die Eröffnungsrede. Er hatte weit mehr als ein Grußwort vorbereitet. Im Zentrum seiner Überlegungen standen die Fragen, die sich die Nachwuchskräfte und ihre Angehörigen wohl an einem solchen Tag stellen: »Sie geben Ihre Söhne und Töchter in die Obhut des Landes Nordrhein-Westfalen«, sagte Lange. »Sie erwarten, dass sie Fürsorge, Schutz und Wertschätzung durch die Polizei erfahren.« Der Schritt, die Bewerbung ihrer Kinder zu unterstützen, sei ein enormer Vertrauensvorschuss. Die Angehörigen könnten von der Politik und der Polizei erwarten, dass sie ihren Kindern Rückendeckung für ihr tägliches Handeln geben. »Sie können erwarten, dass wir sie gut ausbilden, damit sie sicher und gesund aus den Einsätzen wieder nach Hause kommen.« Auch eine gute Ausstattung sei wichtig, um sich selbst zu schützen und um unser Recht effektiv durchzusetzen. Von der Öffentlichkeit könnten die jungen Polizistinnen und Polizisten Respekt für ihre Arbeit erwarten: »Bei diesem Punkt ist noch ganz viel Luft nach oben«, erklärte Lange, gerade vor dem Hintergrund der unglaublichen Gewaltexzesse rund um dem G20-Gipfel in Hamburg. »Die Ächtung extremistischer Gewalt gleich welcher Couleur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das muss demokratischer Grundkonsens sein«, so Lange.

Den Polizeiberuf beschrieb der Dortmunder Polizeipräsident so: »Polizist sein bedeutet, jeden Tag mit voller Aufmerksamkeit, voller Umsicht und voller Sorgfalt dabei zu sein.« Und das bei den unterschiedlichsten Themen: Von Straßenkriminalität, Wohnungseinbrüchen und Gewaltdelikten bis zur Sicherung des Straßenverkehrs und zahlreicher Veranstaltungen. Gerade in Dortmund habe die Polizei es beispielsweise bei Fußballspielen mit gewaltbereiten Hooligangruppierungen zu tun. Auch die Terrorgefahr in Deutschland sei eine große Herausforderung. Den Kommissaranwärterinnen und -anwärtern zugewandt, meinte Lange: »Dass Sie sich diesen Herausforderungen stellen zeigt, dass Sie für diese wichtigen Themen ganz bewusst Verantwortung übernehmen wollen.« Er machte ihnen auch

Die Eröffnungsrede hielt der Dortmunder Polizeipräsident Gregor Lange.



Musikalische Einlagen lockerten das Programm auf.



Die Vereidigung nahm der Leitende Polizeidirektor Dieter Keil (PP Dortmund) vor.

Mut: »Das Vertrauen der Bürger in die Polizei ist ungebrochen hoch. Sie verhelfen dem demokratischen Rechtsstaat zur Geltung.« Wann man dafür in die Freiheitsrechte eingreifen dürfe, müsse das immer wieder neu abgewogen werden. Der Diensteid sei deshalb der Kompass für die gesamte weitere berufliche Tätigkeit bei der Polizei NRW.

Programm von Kräften der Polizei NRW gestaltet

Vor dem Ableisten des Eids hatte NRW-Innenminister Herbert Reul seine mit Spannung erwartete Rede gehalten (siehe Kasten S.8 und S.9) und auch die evangelische Landespolizeipfarrerin Monika Weinmann hatte ihre Worte an die jungen Polizistinnen und Polizisten gerichtet. Ein besonderer Höhepunkt war die Rede von Christiane Rath (27) aus Arnberg und Kevin Horzella (24) aus Selm, die stellvertretend für ihre Kolleginnen und Kollegen auf die Bühne kamen. Beide haben seit September 2016 an der FHöV NRW (Studienort Hagen) den Theorieteil ihrer Ausbildung absolviert und sind dort Kurssprecher. Sie stellten sich und ihren bisherigen Lebensweg vor. Christiane Rath hat eine Ausbildung zur Maler- und Lackierermeisterin abgeschlossen. Sie hat mehrere Jahre in ihrem Beruf gearbeitet und Baustellen im Innen- und Außenbereich geleitet. Doch sie fragte sich: »Will ich mit 55 noch jeden Tag auf dem Gerüst herumklettern?« Ihre Familie und ihre Freunde seien erstmal erstaunt gewesen, als sie ihnen von ihrem neuen Berufswunsch erzählte. Dann meinte ihr Vater aber, dass der Beruf gut zu ihr passen würde und dass er selbst früher auch gerne Polizist geworden wäre. »Nun freut er sich umso mehr, dass ich Polizeikommissarin werde.« Kevin Horzella hatte schon mit 16 Jahren seine Lehre zum Bankkaufmann angefangen und jahrelang in diesem Beruf gearbeitet. »Ich habe den Weg zur Polizei eingeschlagen, weil ich es mir nicht vorstellen kann, bis zur Rente ausschließlich im Büro zu arbeiten. Für meinen Plan, zur Polizei zu gehen, habe ich Zuspruch bekommen,« berichtet Horzella, »doch nicht immer und nicht von jedem.« Seine Eltern musste er erst davon überzeugen, dass es sich dabei um eine gute Entscheidung handelt. Horzella richtete den Blick nach vorn: »In den kommenden Wochen werden wir endlich frische Luft auf den Straßen schnappen können und unsere Kolleginnen und Kollegen bei ihrer Arbeit unterstützen. Zumindest versuchen wir das.« Das Praktikum, so Horzella, werde eine spannende Zeit mit vielen neuen Erfahrungen. // **Walter Liedtke**



Reuls Rede wurde mit Spannung erwartet.



Christiane Rath und Kevin Horzella

Fotos (6): Jochen Tack



Die Dortmunder Westfalenhalle war dicht umringt von jungen Polizistinnen und Polizisten und ihren Angehörigen.





Das Allerwichtigste ist Wertschätzung

Auszüge aus der Rede von NRW-Innenminister Herbert Reul bei der Vereidigungsfeier am 11. Juli 2017 in Dortmund

Sie sind die Neuen bei der Polizei – ich bin der Neue im Ministerium. Wir haben verschiedene Aufgaben, aber das gleiche Ziel, nämlich für die Sicherheit der Menschen zu sorgen. Sicherheit ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass sich Menschen frei entfalten können.

Sicherheit ist ein komplexes Thema. Dafür braucht man vor allem Menschen, die sich dafür einsetzen. Deshalb empfinde ich vor Ihnen, die Sie hier sitzen, aber auch vor all ihren Kolleginnen und Kollegen, die im Land jeden Tag unterwegs sind, eine Riesenhochachtung, einen großen Respekt.

Die Bedeutung der Polizistinnen und Polizisten für unsere Gesellschaft ist unglaublich hoch. Das ist ein schwieriger Beruf in schwieriger Zeit. Aber es ist ein wichtiger Beruf. Und Sie haben sich richtig entschieden für diesen wichtigen Beruf. Weil das für die Zukunft der Menschen, die hier leben, von höchster Bedeutung ist. Deshalb ein ganz herzliches Dankeschön – auch an Ihre Familien, die das unterstützt und sich auch ein Stückweit eingesetzt haben.

Ich habe in meinem beruflichen Weg gelernt, dass es wichtig ist, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und eng an der Sache zu bleiben. Nach dem Motto »Qualität statt Quantität«. Und das will ich auch im Bereich der Inneren Sicherheit so handhaben. Keine Showpolitik, sondern handfeste Politik, die in der Sache wirkt, damit die Innere Sicherheit vorankommt.

Ich will das anhand von drei Punkten klarmachen: Erstens: Wir brauchen gute, qualifizierte Polizistinnen und Polizisten. Die gute Ausbildung ist der Grundstock für alles, was im Bereich Sicherheit passiert. Die Investition an dieser Stelle ist Gold wert. Wir haben uns vorgenommen, dass mehr Polizisten in Nordrhein-Westfalen arbeiten sollen. Das ist sicher nicht einfach umzusetzen. Wir wollen 2.300 Einstellungen pro Jahr. Ich weiß, dass das für die anstehenden Aufgaben auch noch nicht genug ist, aber es geht nur Schritt für Schritt. Mit Verwaltungsassistenten wollen wir die Profis in Sachen Sicherheit bei ihrer Arbeit von Tätigkeiten entlasten, die auch andere machen können.

Zweitens: Sie brauchen Arbeitsbedingungen, die anständig sind. Eine gute Ausstattung gehört dazu. Damit Sie ihre Arbeit nicht nur gut, sondern auch sicher machen können. Das heißt: Nicht nur das Nötige haben, sondern, wenn es irgend geht, auch das Bestmögliche.

Und das dritte Thema: Das Allerwichtigste ist Wertschätzung. Ich habe eben einige von Ihnen kurz kennengelernt: Es sind tolle junge Leute, die sich hier auf den Weg machen. Sie treffen jeden Tag auf Menschen, die Ihre Hilfe brauchen, die auf Sie vertrauen, auf Ihre Menschlichkeit. Der Job wird sie jeden Tag neu herausfordern. Sie werden auch auf Leute treffen, die sich in Grenzsituationen befinden. Schwierige Einsatzsituationen werden Sie – hoffentlich nicht zu oft – bis an Ihre Grenzen fordern. Wertschätzung ist wichtig, damit man das durchsteht. Man muss das Gefühl haben, dass die Gesellschaft das, was man da macht, auch schätzt.

Im Hinblick auf die G20-Gewaltausschreitungen sage ich: Die Versammlungsfreiheit ist ganz wichtig. Aber wenn dieses Rechtsgut nur als Vorwand gilt für blinde Zerstörungswut, wenn Hass und Gewalt auf die Straße getragen wird, dann ist das konsequente Eingreifen der Polizei nicht nur notwendig, sondern geboten. Sie machen das dann richtig. Ich wünsche den drei Beamten aus NRW, die in Hamburg verletzt wurden, alles Gute. Das ist nicht schlimm gewesen, aber trotzdem ist es eine Verletzung. Wenn Sie als Angehörige nun die Bilder aus Hamburg gesehen haben und Angst haben, dass Ihr Junge oder Ihr Mädchen auch bald bei so etwas dabei sein könnte, dann kann ich Ihnen versichern: Wir passen auf und wenn etwas passiert: Wir werden uns kümmern. Das ist auch eine Aufgabe des Staates. Alle Führungskräfte haben die Pflicht, sich vor ihre Mitarbeiter zu stellen, wenn denen Unrecht passiert und die entsprechenden Strafanträge zu stellen.

Bei allem Respekt, den Ihnen die Gesellschaft zollt, wird es immer wieder passieren, dass Sie Respektlosigkeit erfahren. Deswegen müssen Sie auch beschützt werden und deswegen ist so etwas wie die Körperkameras wichtig. Die müssen als dauerhafte Einrichtung da sein.



Wir sitzen nicht in einem Boot. Sie sind an vorderster Front und müssen immer sofort entscheiden, wie Sie sich verhalten. Ich und viele kluge Leute bei der Polizei NRW haben schon einen Vorteil: Wir sitzen am Schreibtisch und können uns lange überlegen, ob man etwas so oder so macht. Ich erwarte von Ihnen Ehrgeiz und Zielstrebigkeit, Einsatz und Teamfähigkeit. Denn miteinander kann man viel mehr erreichen als gegeneinander. Wir sitzen also nicht in einem Boot, aber wir stehen auf der selben Seite: Auf der Seite des Rechts, der Ordnung und der Sicherheit. Das ist eine Aufgabe, für die es sich einzusetzen lohnt. Zusammen können wir dafür sorgen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen sicher leben können. Alles Gute für Sie, Ihre Familien und Ihren Beruf!

Auf direktem Weg nach dem Abitur Sarah Gotzes (20)



Ich will auf jeden Fall einen Beruf mit viel Abwechslung haben, wo man viel erlebt. Ich will auch den Kontakt zu Menschen haben und keinen langweiligen Bürojob. Und mir liegt auch immer schon Gerechtigkeit sehr am Herzen, muss ich sagen. Die Polizei steht also für alles, was mir wichtig ist. Deswegen kann ich mich gut mit meinem Beruf identifizieren. Ich habe mich direkt nach meinem Abitur am Berufskolleg mit Schwerpunkt Soziales bei der Polizei beworben – und es hat geklappt! Meine Eltern haben mich sehr unterstützt und mich nach Münster zu den Einstellungstests gefahren. Sie sind stolz auf meine Berufswahl. Mein Freund hat sich übrigens gemeinsam mit mir bei der Polizei beworben und er hat jetzt im selben Einstellungsjahrgang angefangen. Auf der Fachhochschule haben wir eine ganz tolle Klassengemeinschaft, auch gerade in der Klausurenphase, die wir gerade hinter uns haben. Da hat man gemerkt, dass alle sich gegenseitig unterstützt haben. Im Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) in Selm, wo wir zuletzt waren, wohnt man in WGs zusammen. Da hängt man sowieso gemeinsam ab auch nach Ende des Arbeitstags. Wo ich später mal bei der Polizei lande, das kann ich jetzt noch gar nicht sagen.

Erst Fußball, dann Polizeidienst Özgür Önzü (24)



Ich hatte immer schon so eine soziale Ader und das Gefühl, das Richtige tun zu müssen. Das würden meine Eltern jetzt wahrscheinlich über mich sagen. Ich bin aus Siegen zur Ausbildung nach Düsseldorf gezogen und kannte dort zunächst niemanden. Die Freundschaften, die ich dort im ersten Jahr geschlossen habe, haben mir sehr geholfen, auch was die Klausuren angeht. Heute kann ich sagen: Das ist genau das, was ich machen möchte und wo ich richtig hingehöre. Vorher habe ich hauptsächlich Fußball in der Regionalliga gespielt, auch zusammen mit vielen Profis, und nebenbei habe ich noch studiert. In der Bewerbungsphase bei der Polizei hatte ich dann eine schwere Verletzung. Ich war damals noch unentschieden, ob ich beim Fußball bleiben oder zur Polizei wechseln sollte. Durch die Verletzung war der Weg zum Profifußball versperrt. Heute bin ich froh darüber. Fußball spielt man bis 35, wenn es gut läuft, und was kommt dann? Und die wenigsten verdienen Millionen damit. Von meinen Freunden hab ich höchstens ein paar dumme Witze gehört: »Wenn du jetzt zur Polizei gehst, dann können wir dich nicht mehr einladen!« Aber das ist nicht ernst gemeint. Meine Eltern sind sehr stolz, dass ich das bis hierhin geschafft habe und hoffentlich auch weiter. Aber Mutter sagte: »Ich will dich nicht mit einer Waffe in der Hand sehen!«

Vom Tischlermeister zum Polizisten

Matthias Borghorst (30)



Ich habe die Schule bis zur zwölften Klasse besucht und danach ein soziales Jahr abgeleistet und eine Tischlerausbildung beendet. In diesem Beruf habe ich ein paar Jahre als Geselle gearbeitet und auch meinen Meister gemacht. Ich bin gerade 30 Jahre alt geworden und somit einer der Ältesten im Einstellungsjahrgang 2016.

Da ich nicht das volle Abitur habe, hatte ich lange bei der Polizei keine Chance. Aber jetzt wird ja auch ein Meister-Abschluss als gleichwertig zum Abitur anerkannt.

Die Entscheidung, zur Polizei zu gehen, kam sicher auch durch meinen Vater, der bei der Bundespolizei ist. Aber ich wollte dann lieber zur Landespolizei, um die Heimatnähe zu haben. Ein weiterer Grund: Der Tischlerberuf ist als Angestellter nicht lukrativ genug und mit Frau und Kind brauche ich die Sicherheit, dass ich davon meine Familie ernähren kann. Meine Frau steht voll hinter mir und unterstützt mich. Auch finanziell, solange ich in der Ausbildung nicht so viel verdiene wie zuvor. Ich denke, Polizist ist ein abwechslungsreicher Beruf, der einen auch sportlich herausfordert. Darauf setze ich besonders, denn ich habe früher Rudern als Leistungssport betrieben. Vielleicht lande ich später ja einmal bei der Wasserschutzpolizei. Oder ganz normal im Wach- und Wechseldienst. Das wird sich zeigen. Erstmal freue ich mich sehr auf die Praktikumsphase meiner Ausbildung.

Für den Computertest gepaukt

Leonie Berz (20)



Ich habe nach meinem Abitur erst einmal ein Studium der Romanistik und Informationswissenschaften angefangen und parallel dazu gearbeitet, um meinen Lebensunterhalt zu verdienen. Das war aber von Anfang an nur als Übergang gedacht. Denn die Idee mit der Polizei hatte ich immer im Hinterkopf. Ich war dann auch auf einer Berufsmesse und habe mich dort genau erkundigt. Und dann habe ich mich intensiv auf meine Bewerbung bei der Polizei vorbereitet. Vor allem auf den Computertest. Dafür gibt es extra Lehrbücher, damit man auch weiß, was auf einen zukommt. Das hat dann ja auch zum Glück geklappt.

Ich komme aus keiner Polizeifamilie. Deshalb fand meine Familie das zwar im Prinzip gut, aber weil auch die Gewalt gegen Polizeibeamte zunimmt, waren die doch anfangs ein bisschen skeptisch. Meine Freunde haben voll mitgefiebert, ob ich den Test schaffe, und freuen sich eigentlich alle. Unser Kurs von 28 Leuten hält super gut zusammen. Dieser Zusammenhalt war ganz schnell da. Und das hilft einem schon sehr. Das Tolle bei der Polizei ist, dass es so viele Möglichkeiten gibt, worauf man sich später mal spezialisieren kann. Ich glaube, meine Wünsche dazu werden noch ein paar Mal wechseln.

Neustart für die Sicherheitspolitik in NRW

NRW-Innenminister Herbert Reul im Gespräch



Foto: Jochen Tack

Kurz nach seinem Amtsantritt am 30. Juni 2017 benennt Minister Reul einige politische Grundlinien seiner künftigen Arbeit.

Streife: Herr Reul, tun wir mal so, als wären wir auf Twitter. Bitte stellen sie sich in 140 Zeichen vor!

Reul: Gebürtiger Rheinländer, überzeugter Europäer, neuer Innenminister. Eine große Aufgabe, auf die ich mich freue, die mich aber auch demütigt macht. Passt das?

Streife: Fast. Für einen Politiker aber wirklich gut! Sehen Sie Anknüpfungspunkte zwischen Ihrer neuen Tätigkeit als Innenminister und der bisherigen als EU-Parlamentarier?

Reul: Es gibt tatsächlich thematisch Anknüpfungspunkte: Terrorismus, Schutz der Außengrenzen oder die Vorratsdatenspeicherung. Aber es ist doch klar, dass ich mich zunächst einarbeiten muss – zügig und gründlich. Dazu brauche ich das Wissen, die Erfahrung und die Hilfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in meinem Geschäftsbereich.

Streife: Mit Jürgen Mathies als neuem Staatssekretär haben Sie einen erfahrenen Polizisten und Sicherheitsexperten an Ihrer Seite. Was bedeutet das für Ihre Arbeit?

Reul: Dass wir gemeinsam viel für die Sicherheit der Menschen in NRW bewegen

können. Es geht darum, den Neustart der Sicherheitspolitik in NRW zu gestalten. Politisch wird es einige dicke Bretter zu bohren geben. Deshalb ist es gut, einen Staatssekretär zu haben, der als Fachmann weit über die Grenzen der Polizei hinaus anerkannt und geschätzt ist.

Streife: Wie beurteilen Sie die Arbeit der NRW-Polizei?

Reul: Die NRW-Polizei leistet hervorragende Arbeit. Ich will dafür sorgen, dass sich die immer größer werdende Arbeitsbelastung künftig auf noch mehr Schultern verteilt. Deshalb werden wir die Neueinstellungen pro Jahr auf 2.300 erhöhen.

Ich will dafür sorgen, dass sich die immer größer werdende Arbeitsbelastung künftig auf noch mehr Schultern verteilt.

Herbert Reul

Streife: Wird es mit Ihnen tiefgreifende Änderungen der Sicherheitsarchitektur in NRW geben?

Reul: Es wird eine tiefgreifende Überprüfung der Sicherheitsarchitektur in NRW geben. Wir haben mit der Bosbach-Kommission in der Staatskanzlei ein Gremium mit sehr klugen und erfahrenen Fachleuten. Davon kann NRW nur profitieren.

/// Das Interview führte die Landesredaktion Onlinedienste der Polizei NRW

Die Polizeiarbeit auf das Wesentliche konzentrieren

Staatssekretär Jürgen Mathies im Gespräch



Nach nur anderthalb Jahren als Kölner Polizeipräsident benennt er klare Ziele für seine neue Arbeit im Ministerium des Innern NRW.

Streife: In ihrem Brief an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kölner Polizei schreiben Sie, dass Sie Abschiedsschmerz verspüren. Haben Sie den mittlerweile überwunden?

Mathies: Mein Blick geht nach vorne. Es gibt viel zu tun. Ich war gerne Polizeipräsident in Köln und werde auch immer gerne an diese Zeit zurückdenken.

Streife: Bringt Ihr polizeilicher Background Vorteile für das neue Amt als Staatssekretär?

Mathies: Ich bin seit fast 40 Jahren Polizist. Diese Erfahrung ist wertvoll und sie wird mir auch als Staatssekretär helfen. Es wird aber eine Umstellung. Das Ministerium des Innern ist mehr als Polizei.

Streife: Vor welchen Herausforderungen steht die NRW-Polizei?

Mathies: Vor ganz vielfältigen. Die Aufgaben der Polizei werden immer komplexer. Terrorgefahr, Einbrüche, Rockerkriminalität: Die Menschen sind verunsichert. Ich bin davon überzeugt, dass der veränderte Ressortzuschnitt es ermöglicht, Kräfte zu bündeln und Polizeiarbeit auf das Wesentliche zu konzentrieren: Für mehr Sicherheit zu sorgen und so das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen. Das Ministerium des Innern ist jetzt das Haus der Sicherheit.

Das Ministerium des Innern ist jetzt das Haus der Sicherheit.

Jürgen Mathies

Streife: Sie machen sich immer wieder gegen gewalttätige Übergriffe auf Kolleginnen und Kollegen stark. Wie wollen Sie dieses Problem angehen?

Mathies: Das Thema liegt mir tatsächlich besonders am Herzen. Weil ich finde, dass eine Gesellschaft, die solche Übergriffe nicht verurteilt und bestraft, ihre Grundlagen beseitigt. Die Kolleginnen und Kollegen können sich darauf verlassen, dass die Polizeiführung hinter ihnen steht und sie unterstützt. Wir brauchen aber in der gesamten Gesellschaft mehr Respekt für den Polizeiberuf. Und harte Strafen für die Täter.

Streife: Wo sehen Sie die NRW-Polizei in fünf Jahren?

Mathies: Als eine hochprofessionelle, personalstarke und bestens ausgerüstete Landespolizei, die sich leidenschaftlich und mit Herz für die Sicherheit der Menschen einsetzt – und die mit den sich ständig wandelnden Anforderungen Schritt hält. // Das Interview führte die Landesredaktion Onlinedienste der Polizei NRW

Entschlossenes Handeln zwischen Ethik und Strategie

Fachtagung zum AMOK-TE-Konzept für polizeiliche Führungskräfte



Das Veranstaltungskonzept stellte grundlegende Fragen zum Umgang mit polizeilicher Terrorbekämpfung.

Führungskräfte der Polizei sind für den Terrorfall besonders gefordert: Sie müssen vorbereiten, führen, begleiten, unterstützen und bei der abschließenden Verarbeitung helfen.

Im Fall eines terroristischen Anschlages sind die Polizistinnen und Polizisten vor Ort auf der Straße mitunter auf sich allein gestellt. Es ist nötig, blitzschnell zu entscheiden und zielgerichtet und entschlossen zu handeln. Oberstes Ziel ist es, im Ernstfall den terroristischen Angreifer unschädlich zu machen, um Menschenleben zu retten. Zur Erreichung dieses Ziels wurde das Konzept AMOK-TE bei der Polizei NRW entwickelt. Auf die Führungskräfte kommen in solchen Szenarien besondere Aufgaben zu.

Bei Anschlägen muss blitzschnell reagiert werden

Abwarten oder Zögern sind keine Optionen. Terrorlagen mit islamistischen Angreifern stellen ganz neue Herausforderungen dar. Es gilt, Leib und Leben der Bevölkerung unter allen Umständen zu schützen. Terroristen müssen handlungsunfähig gemacht werden. Darauf werden die Polizeibeamtinnen und -beamten des Landes NRW seit mehr als einem Jahr systematisch in einsatztaktischer,

rechtlicher, ethischer und kommunikativer Hinsicht vorbereitet und besonders trainiert. Das dazu fortentwickelte AMOK-TE-Konzept (»Aus- und Fortbildung der Polizei zu Szenarien mit sofortigem polizeilichen Interventionserfordernis«) baut auf dem Konzept für Amoklagen auf, das sich bereits über viele Jahre bewährt hat.

In einer Pilotveranstaltung des Landesamts für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) in Selm wurde an einem erweiterten Führungsverständnis im Zusammenhang mit AMOK-TE gearbeitet. Die Veranstaltung richtete sich an Führungskräfte der Laufbahngruppe 2.2 – ehemals höherer Dienst – der Polizei NRW. Die Tagesveranstaltung stand unter dem Titel »Führungsethische Herausforderungen im Handlungsfeld AMOK-TE«.

»Töten, um Menschenleben zu retten«

An der Tagung nahmen rund 80 Führungskräfte aus dem Zuständigkeitsbereich der §-4-Behörden Essen und Münster teil. Sogenannte §-4-Behörden sind in ihrer Region für die Bearbeitung besonders schwerer Delikte wie etwa Amokläufe oder Terroranschläge zuständig. Es kam, wie zu erwarten war, zu intensiven

Diskussionen und tiefeschürfenden Reflexionen. Die Impulse kamen neben der Eröffnung durch Michael Frücht, dem Direktor des LAFP NRW, vom Leitenden Polizeidirektor (LPD) Jörg Lukat, dem Referatsleiter 413 im Ministerium des Innern (IM) NRW, sowie von der Juniorprofessorin Dr. Katharina Klöcker, die in ihrem Referat einen christlichen und ethischen Blick auf die Auseinandersetzung und Abwehr von Terror warf. Moderiert wurden die Veranstaltung und die Diskussionsrunden von Polizeirat (PR) Peter Lehmann, dem designierten Leiter des »Zentrums für ethische Bildung und Seelsorge« in der Polizei NRW beim LAFP NRW (ZeBUS) und unter anderem von Polizeiseelsorgerin Judith Palm und Polizeiseelsorger Johannes Gospos.

Das Veranstaltungskonzept fragte danach, ob und wenn ja, inwieweit Amok-TE eine signifikant neue Herausforderung für die Organisation Polizei ist. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Erkenntnis, dass Polizeibeamtinnen und -beamte sowie alle Anwärterinnen und Anwärter im Rahmen ihrer Ausbildung, gerade bei der Vorbereitung für den Einsatz in Terrorlagen, mit ethischen Herausforderungen und schwierigen Gewissensentscheidungen konfrontiert werden.

Michael Frücht, der Direktor des LAFP NRW, brachte dies bei seiner Begrüßung und seiner Einführung in das Thema unmissverständlich zum Ausdruck: »Wir haben uns mit vielen neuen Fragen auseinanderzusetzen. Als Polizei wollen wir natürlich helfen und schützen – im Terrorfall aber müssen wir möglicherweise töten, um Menschenleben zu retten. Um dieses Dilemma erfolgreich aufzulösen, bedarf es intensiver Gespräche der Vorgesetzten mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Vorfeld möglicher Einsätze.« >



Fotos (2), Medienteam LAFP NRW

Die Pilotveranstaltung des LAFP NRW gab wichtige Impulse für den Umgang mit Terrorlagen.

NRW ist bundesweit Vorreiter mit AMOK-TE-Konzept

Zu Beginn der Veranstaltung wurde mit einem Videoeinspieler eindringlich an die veränderte Gefahrenlage erinnert. Michael Frücht griff die erschreckenden Szenen auf und brachte in seiner Begrüßung die Ausgangslage auf den Punkt: »Spätestens die Anschläge von Paris, Brüssel, Istanbul, Essen, Würzburg, Ansbach, Berlin und zuletzt mehrfach London haben gezeigt, wie real die Gefahr des Terrors in Europa und Deutschland ist. Wir müssen feststellen: Deutschland steht im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus!« Deshalb haben sich die Szenarien und Strategien der Polizei binnen kürzester Zeit grundlegend verändert. Dabei zeigt sich Nordrhein-Westfalen als Vorreiter in Deutschland. Das Konzept AMOK-TE, das im vergangenen Jahr entwickelt und in den vergangenen Monaten fortgeschrieben worden ist, gilt bundesweit als eines der besten und weitreichendsten. Nun seien die Führungskräfte gefordert, denn auch sie stünden vor neuen Herausforderungen, so Frücht. Sie müssten in der Lage sein, ihre Kolleginnen und Kollegen auf den Fall der Fälle mit vorzubereiten, im Training zu begleiten, sie in der tagtäglichen Arbeit zu unterstützen und nach einem möglichen Einsatz bei der Verarbeitung des Erlebten zu helfen und vor ungerechtfertigten Vorwürfen zu schützen: »Ethische Gesichtspunkte sind ein integraler Bestandteil polizeilichen Handelns. Erfolgreiche Polizeiarbeit setzt einen entsprechenden »ethischen Kompass« voraus. Der Diensteid ist hier von entscheidender Bedeutung.« Das gelte insbesondere für Terrorlagen, in denen Einsatzkräfte binnen weniger Augenblicke vielfältige Überlegungen in ihre Entscheidung einbeziehen müssten. Ohne ethische Grundlagen könnten diese in dem Handlungsdilemma freilich zu keinem entschlossenen Handeln kommen. Neben dem Schutz der Bevölkerung gehe es nicht zuletzt auch um die Eigensicherung und – hier griff er einen von Frau Pfarrerin Palm geprägten Begriff auf – die dringend erforderliche Erweiterung dieses Begriffs um die »seelische Eigensicherung«. Dabei seien Führungskräfte verpflichtet, ihre Kolleginnen und Kollegen professionell zu begleiten, selbst im Falle des Versagens oder Scheiterns.

Ethische Fragen offen ansprechen

In seinem Impulsreferat betonte auch LPD Jörg Lukat die Bedeutung von Ethik. Er begrüßte daher sehr, dass die Konzeption von AMOK-TE Ethikbausteine enthalte. »Wir müssen uns klar werden, dass wir gewissermaßen in Teilbereichen noch am Anfang stehen. Die vollständige Umsetzung des Konzeptes dauert seine Zeit.« Abschließend richtete er an die Führungskräfte den Appell, sich der Auseinandersetzung mit den Kolleginnen und Kollegen zu stellen. »Sie gilt es, sicherer zu machen, durch Üben und vor allem durch Reden.« Dabei dürfe man auch nicht »drum herum reden«, sondern müsse die offenen Fragen und die unvermeidlichen Dilemmata besprechen. »Ethik lohnt langfristig«, machte er den Zuhörerinnen und Zuhörern Mut. Denn nur so könne man einer möglichen Überforderung des einzelnen Beamten vor Ort entgegentreten.



LPD Jörg Lukat forderte Führungskräfte auf, sich mit Kollegen auseinanderzusetzen.



Neue Denkanstöße zu Ethik und Moral gab auch Wissenschaftlerin Katharina Klöcker.

Orientierung und Hilfestellung

Katharina Klöcker vom Lehrstuhl für Theologische Ethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum formulierte aus christlich-ethischer Perspektive Denkanstöße, die einer Moral der Terrorbekämpfung neue Perspektiven eröffneten. Was sie darlege, sei eben »keine Gebrauchsanweisung für Polizistinnen und Polizisten in konkreten dramatischen Gefahrensituationen«. Es läge in der ethischen Betrachtungsweise selbst begründet, »dass der Anspruch, abschließende Urteile zu fällen, nicht eingelöst werden« könne. Zugleich halte sie die radikalen Fragestellungen der Ethik jedoch für unverzichtbar, um dem Einzelnen Orientierung und Hilfestellung zu bieten. Dafür würde sie Fragen aufwerfen und verschiedene Reflexionsformen anbieten. Ihrer Überzeugung nach gründeten verantwortungsvolle Entscheidungen auf Erfahrung einerseits und andererseits darauf, dass der Einzelne darin geübt sei, sorgfältig abzuwägen und die Gründe seines Handelns klar zu benennen.

Führungskräfte sind gefordert

Die Tagung machte deutlich: Das Thema zwingt zu einer fortwährenden Beschäftigung. Denn Antworten auf die Frage nach Rezepten und Handlungsanweisungen können nicht gegeben werden. Ethik in Zeiten des Terrors muss zwangsläufig ein permanenter Prozess bleiben. Daran haben die Führungskräfte einen wesentlichen Anteil.

Nach einer gründlichen Auswertung der Veranstaltung soll das Format für alle Führungskräfte der Laufbahngruppe 2.2 in Nordrhein-Westfalen angeboten werden. **/// Dr. Jörg Bockow**



Fotos (3): Medienkonste, LAFP NRW

Einfache Handlungsanweisungen für Polizeibeamte gibt es nicht.



Im Ministerium des Innern NRW in Düsseldorf empfing der Innenminister die Polizistinnen und Polizisten.

Herbert Reul trifft G20-Einsatzkräfte »Politik und Gesellschaft stehen hinter ihnen«

NRW-Innenminister Herbert Reul hat den beim G20-Gipfel in Hamburg eingesetzten Polizisten persönlich für ihren Einsatz gedankt.

NRW-Innenminister Herbert Reul hat sich Mitte Juli in Düsseldorf mit einigen der 2.200 Polizistinnen und Polizisten aus NRW getroffen, die den Einsatz beim G20-Gipfel in Hamburg unterstützt haben. »Es ging mir darum, mich persönlich zu bedanken. Das war mir einfach ein Anliegen«, sagte Reul. »Der Einsatz in Hamburg war hoch komplex und schwierig. Es ist wichtig, dass Politik und Gesellschaft hinter den Beamtinnen und Beamten stehen«, erklärte Reul.

Es gebe kein höheres Gut als die Versammlungsfreiheit, sagte Reul bereits bei der Vereidigung der neuen Kommissarsanwärterinnen und -anwärter Anfang des Monats zu diesem Thema. So wichtig es sei, dass Menschen sich frei äußern können: Wenn dieses Recht nur als Vorwand für blinde Zerstörungswut diene, wenn Hass und Gewalt auf die Straße getragen würden, dann sei das konsequente Eingreifen der Polizei nicht nur notwendig und wichtig, sondern geboten. Die Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, aber auch gegen Sachgegenstände, habe nichts mehr mit Versammlungsfreiheit und Demokratie zu tun. »Das ist Brutalität, das ist Kriminalität, dagegen muss man vorgehen.« Beim Einsatz in Hamburg gab es 476 verletzte Beamtinnen und

Beamten, darunter auch drei Kollegen aus Nordrhein-Westfalen.

Alle in Hamburg eingesetzten Polizistinnen und Polizisten aus NRW sollen drei Tage Sonderurlaub erhalten. Die drei im Einsatz verletzten Beamten seien auf dem Wege der Besserung, teilte Reul mit. Der Innenminister forderte ein klares Bekenntnis friedlicher Demonstranten bei künftigen Protestveranstaltungen. »Da gilt es, sich ganz klar abzugrenzen und nicht gemein zu machen mit einem wütenden Mob und prügelnden Gewalttouristen«, so Reul. Er fragte: »Was hat es denn mit politischem Protest zu tun, wenn Familienautos angezündet und Supermärkte geplündert werden?« // Redaktion Streife



Die Gespräche waren angeregt.



Fotos (4): Jochen Tack

Für Minister Reul war es eine Herzensangelegenheit, den Einsatzkräften persönlich zu danken.



Staatssekretär Jürgen Mathies im Dialog mit zwei Beamten.

»Potenzialtage« machen den Schichtdienst interessanter

Der sogenannte »Fünfteldienst« hat sich in Aachen bewährt

Fünfteldienstmodell

	Woche 1							Woche 2							Woche 3							Woche 4							Woche 5											
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So					
A	F	F	S	S	N	N				F	F	S	S		N	N					F						F	S	S	N	N					F	F	S	S	N
B			F	F	S	S	N	N				F	F		S	S	N	N									F	F	S	S	N	N				F	F	S		
C					F	F	S	S	N	N				F	F	S	S	N	N									F	F	S	S		N	N					F	
D	N	N					F	F	S	S	N	N				F	F	S	S	N	N								F	F		S	S	N	N					
E	S	S	N	N					F	F	S	S	N	N					F	F	S				S	N	N					F	F	S	S	N	N			

Seit September 2015 arbeitet die Polizeiinspektion 1 des Polizeipräsidiums (PP) Aachen im Fünfteldienstmodell. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in der Schichtreihenfolge »zwei Tage Frühdienst – zwei Tage Spätdienst – zweimal Nachtdienst – vier Tage frei«. Damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf ihre 41-Stunden-Woche kommen, müssen an den freien Tagen sogenannte »Potenzialdienst« geleistet werden. Das funktioniert und alle Beteiligten kommen damit zurecht.

Das etablierte Schichtsystem in Aachen in den beiden Polizeiwachen der Polizeiinspektion (PI) 1 war früher ein rückwärtsrotierendes Drittdienstmodell mit einem dreiwöchigen Systemlauf mit insgesamt zwei kurzen Wechseln (Frühdienst und am selben Tag Nachtdienst bzw. Spätdienst und am nächsten Morgen wieder Frühdienst) ohne die elf Stunden Ruhephase gemäß der aktuellen Arbeitszeitverordnung. Dieses System entsprach nicht mehr den arbeitswissenschaftlichen und

arbeitsmedizinischen Empfehlungen sowie den rechtlichen Rahmenvorgaben.

Das Polizeipräsidium (PP) Aachen beschäftigte sich schon im Jahr 2008 mit alternativen Schichtdienstmodellen und startete im Mai 2010 in der Polizeiwache Süd mit dem Pilotversuch »alternatives Drittdienstmodell«. Die Pilotphase dauerte ein Jahr. Danach wurde das Modell dort übernommen.

Nach Veröffentlichung des Abschlussberichtes der Landesarbeitsgruppe »Schichtdienstmodelle« wurde im Juni 2015 erneut eine Arbeitsgruppe in Aachen eingesetzt. Ihre Aufgabe war es, die Einführung des Fünfteldienstmodells für die PI 1 zu überprüfen. Die Arbeitsgruppe setzte sich aus allen Dienstgruppen und Hierarchieebenen zusammen. Das aus dem Abschlussbericht ausgewählte Fünfteldienstmodell mit der Arbeitsbezeichnung »Modell Niederrhein« entspricht von der Schichtsystematik den Empfehlungen der Arbeitsmedizin sowie den Rahmenvorgaben aus dem einschlägigen EU-Recht. Hierbei handelt es sich um

Drittdienstmodell

	Woche 1							Woche 2							Woche 3							Woche 4							Woche 5							
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
A	F	F	F	F	F	F	F _N	N	N	N	N	N	N	-	S	S	S	S	S	S	S	S	F	F	F	F	F	F	F _N	N	N	N	N	N	N	-
B	S	S	S	S	S	S	S	F	F	F	F	F	F	F _N	N	N	N	N	N	N	-	S	S	S	S	S	S	S	S	F	F	F	F	F	F	F _N
C	N	N	N	N	N	N	-	S	S	S	S	S	S	S	F	F	F	F	F	F	F	F _N	N	N	N	N	N	N	-	S	S	S	S	S	S	S

	Woche 6							Woche 7							Woche 8							Woche 9							Woche 10						
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
A	N					F	F	S	S	N	N					F	F	S	S	N	N				F	F	S	S	N	N					
B	S	N	N					F	F	S	S	N	N				F	F	S	S	N	N			F	F	S	N	N				F	F	
C	F	S	S	N	N				F	F	S	S	N		N				F	F	S	S	N	N			S	S	N	N			F	F	
D											F	F	S		S	N	N							F	F	S	F	F	S	S	N	N			
E			F	F	S	S		N	N				F		F	F	S	S	N	N				F	F	S		F	F	S	S	N	N		

ein vorwärtsrotierendes System mit zwei Früh-, zwei Spät- und zwei Nachtdiensten in Folge. Nach dem letzten Nachtdienst folgt ein Vier-Tage-Block ohne vorgegebene Schichten (sogenannte »Potenzialtage«). In diesen Potenzialtagen können Ergänzungsschichten von den Beamtinnen und Beamten individuell geplant werden.

Innerhalb der Belegschaft wurde der Wechsel in ein anderes Schichtdienstmodell überwiegend kritisch gesehen. Aber schon nach kurzer Zeit entdeckten viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Chance für ihre eigene Gesundheit, für das Privatleben und für eine neue Art, den Dienst auszuüben.

Stärkeberechnung

Anlaufprobleme ergaben sich im Wesentlichen aus den unterschiedlichen Personalstärken der beiden Wachstandorte. Denn in allen Dienstgruppen müssen die erforderlichen Funktionen im täglichen Dienst (Vertreter des Wachdienstführers, Funker, Tutor) besetzt werden.

Für die »Machbarkeitsprüfung« dieses Fünfteldienstmodells wurde zunächst die Grundbesetzungsberechnung im Dezentralen Schichtmanagement (DSM) für das Kalenderjahr 2015/2016 herangezogen. Daraus ergab sich am Beispiel der Polizeiwache West ein Personalbedarf von 76,35 Stellenanteilen (das entspricht ca. 25,5 Stellenanteilen pro Dienstgruppe im alten Dritteldienst). Die zu stellende Grundbesetzung in den jeweiligen Polizeiwachen ist sehr unterschiedlich. Die Polizeiwache West hat innerhalb der Wochentag-Typen über die Woche verteilt einen Grundbesetzungsbedarf von 10 bis 17 Funktionen. Innerhalb des Dritteldienstes konnten diese Schwankungen durch eine >

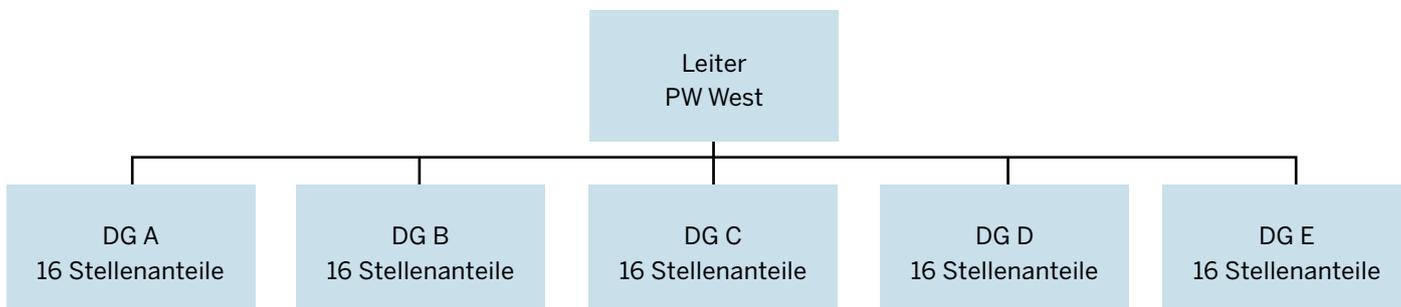
	Woche 6							Woche 7							Woche 8							Woche 9							
	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So	
A	S	S	S	S	S	S	S	S	F	F	F	F	F	F	F _N	N	N	N	N	N	N	-	S	S	S	S	S	S	S
B	N	N	N	N	N	N	N	-	S	S	S	S	S	S	S	F	F	F	F	F	F	F _N	N	N	N	N	N	N	-
C	F	F	F	F	F	F	F	F _N	N	N	N	N	N	N	-	S	S	S	S	S	S	S	F	F	F	F	F	F	F

- N S Wechsel mit 31 Stunden Ruhephase über zwei Wochentage (Langer Wechsel)
- S F Wechsel mit 9 Stunden Ruhephase über zwei Wochentage (Kurzer Wechsel)
- F_N Wechsel mit 8 Stunden Ruhephase an einem Wochentag (Kurzer Wechsel)

Fünfteldienst – Umsetzung PW West

Stärke: Leiter PW + 80,00 Stellenanteile der DG
+3,65 Stellenanteile gegenüber der Stärke aus der DSM-Berechnung

Ergänzungsschichten: Insgesamt 28 Schichten, davon
> 18 Schichten durch die Dienstgruppen
> 10 Schichten durch die Kradgruppe



flexible Dienstplanung ausgeglichen werden. Im Rahmen der relativ starren Planungssystematik im Fünfteldienst wäre dies durch die verantwortliche Dienstgruppe nur dann problemlos möglich, wenn sich die Stärkeberechnung an der größten vorgesehenen Grundbesetzung ausrichten würde. Aufgrund des hohen Kräftebedarfs ist eine solche Ausrichtung jedoch unrealistisch. Somit wurden die Stärken der einzelnen Dienstgruppen im Fünfteldienst anhand der gemittelten DSM-Grundbesetzung errechnet. Die gemittelte Grundbesetzung betrug bei der Polizeiwache West 12 Funktionen. Dazu wurde eine Urlaubsquote pro Dienstgruppe mit jeweils drei Stellenanteilen sowie ein Stellenanteil als Reserve (krank, abgeordnet, etc.) eingerechnet. Somit kam die Polizeiwache West auf insgesamt 80 Stellenanteile. Das bedeutet ein Plus von 3,65 Stellenanteilen gegenüber der Stärke aus der DSM Grundbesetzungsberechnung für den Drittdienst. Diese 80 Stellenanteile verteilen sich auf fünf Dienstgruppen, also auf 16 Stellenanteile pro Dienstgruppe.

Mit dieser Berechnung war der Fünfteldienst allein durch die verantwortliche Dienstgruppe jedoch nicht funktionsfähig. Dafür mussten noch pro Kalenderwoche insgesamt 18 Unterstützungsschichten mit Polizeibeamtinnen und -beamten besetzt werden, die an diesen Tagen die Potenzialstunden durchführten. Weitere zehn Unterstützungsschichten stellten die Kradfahrer des Schwerpunktdienstes.

Darüber hinaus erhöhte sich durch den Fünfteldienst die Anzahl der Führungsfunktionen um eine Stelle. Während im Drittdienst drei Dienstgruppenleiter (DGL) und je zwei Wachdienstführer (WDF) pro Schicht ausreichten (insgesamt neun Führungsfunktionen), wurden für den Fünfteldienst mit fünf DGL und fünf WDF insgesamt zehn Führungsfunktionen benötigt.

Mit dieser umfangreichen und auf den ersten Blick komplizierten Kräfteberechnung und den Unterstützungsschichten war der Fünfteldienst auch in der Nachbetrachtung grundsätzlich durchführbar. Jedoch führt jedes Unterschreiten der geplanten Dienststärke zwangsläufig zu Unterstützungsbedarf. Der Fünfteldienst ist somit sehr anfällig für personelle Abgänge wie zum Beispiel Ver- und Umsetzungen. Die Systematik des Fünfteldienst ist bei der hohen Anzahl von zu leistenden Unterstützungsschichten dann nicht mehr erkennbar und nähert sich deshalb eher einer Poollösung an. Aufgrund der unterschiedlichen DSM-Grundbesetzungen in den Polizeiwachen muss die Stärkeberechnung immer individuell und auf die Rahmenbedingungen der jeweiligen Polizeiwache zugeschnitten werden.

Nutzung der Ressourcen von Ergänzungsschichten

Das ausgewählte Fünfteldienstmodell umfasst eine Wochenarbeitszeit von etwa 33,6 Stunden. Somit muss jeder Kollege bzw. jede Kollegin Ergänzungsschichten leisten, um die vorgeschriebene Wochenarbeitszeit von 41 Stunden zu erreichen. Die Planung dieser Potenzialtage erfolgt durch die Dienstgruppen in eigener Verantwortung. Dadurch werden die Aufgaben und der Tätigkeits- und Entscheidungsspielraum erweitert. Der Arbeitsbereich wird insgesamt interessanter und abwechslungsreicher. Diese Ergänzungsschichten können im Rahmen des Präsenzkonzeptes »City-Konzept Aachen« sowie im Bereich »Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität« geleistet werden. Eine weitere Möglichkeit bieten Schwerpunkteinsätze. Hier können die Dienstgruppen an den sogenannten Potenzialtagen im Idealfall vollständig und in Zusammenarbeit mit den Paralleldienstgruppen der anderen Polizeiwachen sowie Kräften anderer Direktionen und den Netzwerkpartnern (z. B. Ordnungsamt, Zoll, etc.) an den behörden- und fachstrategischen Zielen mitwirken. Aber auch Kombinationen mit Dienstunterricht oder der Abnahme von Sportleistungsnachweisen sind möglich. Gerade gemeinsame Fortbildungstage in den Dienstgruppen sehen die Kolleginnen und Kollegen besonders unter dem Aspekt »taktisches Vorgehen« auch im Hinblick auf die Eigensicherung als großen Vorteil an.

Grundbesetzungsplan PW West Freitag

PW West 2016 Fr.	06:00 - 07:00	07:00 - 08:00	08:00 - 09:00	09:00 - 10:00	10:00 - 11:00	11:00 - 12:00	12:00 - 13:00	13:00 - 14:00	14:00 - 15:00	15:00 - 16:00	16:00 - 17:00	17:00 - 18:00	18:00 - 19:00	19:00 - 20:00	20:00 - 21:00	21:00 - 22:00	22:00 - 23:00	23:00 - 24:00	00:00 - 01:00	01:00 - 02:00	02:00 - 03:00	03:00 - 04:00	04:00 - 05:00	05:00 - 06:00
DGL	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
WDF	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
EB	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Si																								
UD	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
AP/ F		1	1	1	1	1	1	1																
AP/ S andere Dgr								1	1	1	1	1	1	1	1									
AP/ N																								
F1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
F2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
F3	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
F4								2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
F5																								
Kradgruppe		2	2	2	2	2	2	2	2															
andere Dgr					2	2	2	2	2	2	2	2												
Lapper/ N																								
Einsätze 2015	2	4	4	4	5	5	5	6	5	5	5	4	4	4	4	4	4	3	4	3	4	3	3	2
Kräfte PHW	4	5	5	5	5	5	5	6	5	5	5	5	5	5	5	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Kräfte EM	6	8	8	8	10	10	10	12	12	10	10	10	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8	8
Kräfte gesamt	10	13	13	13	15	15	15	18	17	15	15	15	13	13	13	12	12	12	12	12	12	12	12	12
																								321

Fazit

Das Fünfteldienstmodell wird mittlerweile durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr positiv bewertet und ist voll akzeptiert. Durch die Möglichkeiten, die das Fünfteldienstmodell mit sich bringt, hat sich die anfängliche Skepsis in eine hohe Arbeitszufriedenheit gewandelt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter äußern sich bislang durchgehend sehr zufrieden mit dem Schichtdienstmodell. Es wurde nach einem Jahr Laufzeit in der PI 1 im September 2016 auch in der PI 2 eingeführt. Die Rahmenbedingungen stehen jedoch in einer hohen Abhängigkeit zur Personalstärke. Eine adäquate Erhöhung der Wachdienststärken ist daher eine gute Investition zur Schaffung einer hohen Arbeitszufriedenheit und zur Erreichung der strategischen Behördenziele, wie sie im Sicherheitsprogramm festgelegt sind - : Bekämpfung von Wohnungseinbruchskriminalität, Bekämpfung der Rockerkriminalität, Bekämpfung der Straßenkriminalität. */// EPHK Detlev Plaum, PP Aachen*

Eine geglückte Umstellung Umfragen belegen hohe Zufriedenheit mit dem neuen Schichtdienstmodell

In der Kreispolizeibehörde im Rhein-Erft-Kreis hat man bei der Umstellung des Schichtdienstmodelles positive Erfahrungen gemacht. Das wurde sogar wissenschaftlich evaluiert.



Wir lieben unser neues Schichtmodell. Unsere Planer sind mehr gefordert, berücksichtigen aber auch individuelle Wünsche. Wir fühlen uns fitter und arbeiten gerne dienstgruppenübergreifend zusammen,« fasst die Polizeihauptkommissarin (PHK'in) Monika Zygmund ihre Erfahrungen zusammen. Sie ist Wachdienstführerin in der Polizeiwache Süd der Kreispolizeibehörde im Rhein-Erft-Kreis: »Durch die vorwärtsrotierenden Dienste haben wir gefühlt viel mehr Freizeit als vorher und können die vier freien Tage auch privat super nutzen. Wir wollen unser Schichtmodell nicht wieder hergeben.« Das neue Schichtdienstmodell hat sich also bewährt. Das zeigen auch die Ergebnisse einer begleitenden Studie zur Einführung durch das Team des Instituts und der Poliklinik für Arbeitsmedizin, Umweltmedizin und Präventionsforschung (IPAUP) an der Uniklinik Köln.

Die Umstellung auf das Fünfschichtmodell

In der Polizeiwache Süd der Kreispolizeibehörde Rhein-Erft-Kreis erfolgte im Januar 2016 eine Schichtplanumstellung von einem Vierschichtdienstmodell (zum Teil rückwärts rotierend) zu einem vorwärtsrotierenden Fünfschichtdienstmodell mit jeweils zwei Früh-, Spät- und Nachtdiensten – gefolgt von vier freien Tagen, an denen aber auch sogenannte »Bringschichten« zu leisten sind, um auf die erforderliche Wochenarbeitszeit zu kommen. Des Weiteren wurde die Dauer der Einzelschichten von Früh- (sieben Stunden), Spät- (acht Stunden) und Nachtdienst (neun Stunden) auf jeweils gleich lange Schichten von jeweils acht Stunden verändert. Diese Umstellung wurde als Pilotprojekt zunächst für ein Jahr angelegt.

Der Aufbau der Studie

Ziel der durch das IPAUP durchgeführten Studie war es, mögliche Auswirkungen einer Schichtplanumstellung zu erfassen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stand der Vergleich der Zufriedenheit der Beschäftigten mit dem alten und dem neuen Schichtdienstmodell. Die Datenerhebung erfolgte über Fragebögen. Im Dezember 2015 fand eine Ausgangsbefragung mit Ergänzungsbefragung statt und im Dezember 2016 eine Abschlussbefragung. Alle Befragungen waren zu jedem Zeitpunkt freiwillig und wurden anonym durchgeführt. Insgesamt beteiligten sich 83,2 Prozent der Beschäftigten an der Studie, wobei nur 37,9 Prozent beide Fragebögen für die Ausgangsbefragung als auch den Abschlussfragebogen ausgefüllt haben.

Die Ergebnisse im Einzelnen

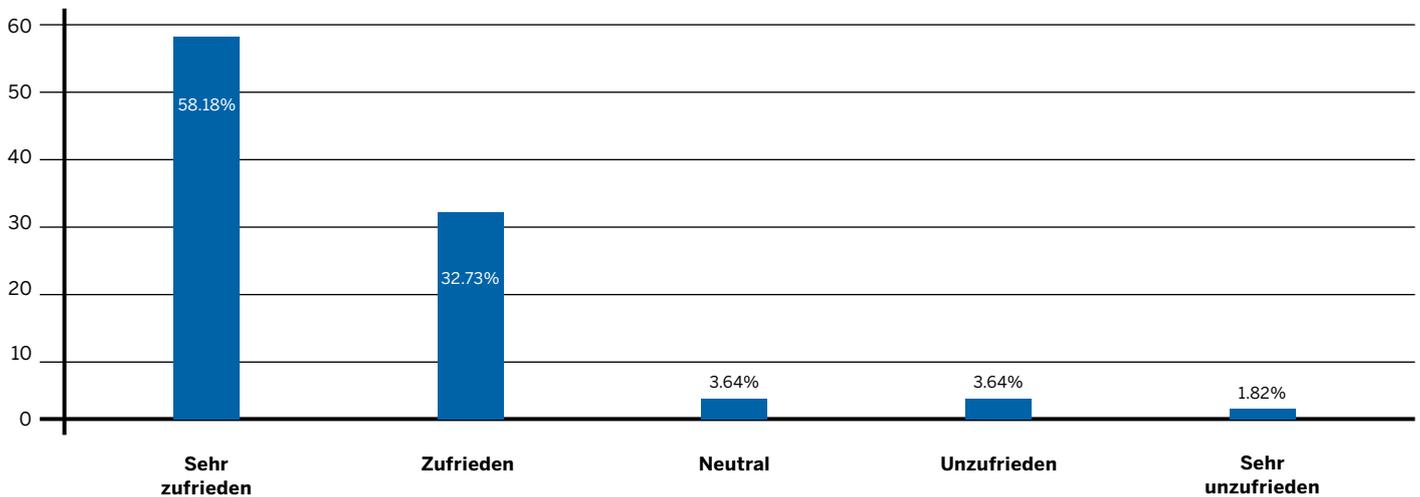
Bei der Ausgangsbefragung wurde die Vorliebe der Teilnehmenden für fünf verschiedene Aspekte eines Schichtdienstmodells erhoben. Weitere Angaben waren in einem Freitextfeld möglich. »Eine gute Planbarkeit« und »freie Zeit am Stück« wurden von den Befragten als besonders wertvolle Güter eingestuft. Außerdem wurde eine kurze Abfolge verschiedener Schichtarten bevorzugt und eine lange Abfolge von Schichten derselben Art abgelehnt.

Die Zufriedenheit mit dem alten Schichtdienstmodell war sehr unterschiedlich: Jeweils 38 Prozent waren zufrieden oder unzufrieden mit diesem Modell. Hinsichtlich der Erwartungshaltung gegenüber dem neuen Schichtdienstmodell äußerten sich 59,2 Prozent positiv und 18,3 Prozent negativ, 22,5 Prozent waren neutral eingestellt. Im Abschlussfragebogen zeigte sich eine deutliche Verbesserung: 90,9 Prozent waren mindestens zufrieden (58,2 Prozent sehr zufrieden, 32,7 Prozent zufrieden) mit dem neuen Schichtdienstmodell und nur 5,4 Prozent waren unzufrieden oder sehr unzufrieden.

Vor- und Nachteile des neuen Modells

Als positiv wurde die kürzere Abfolge der Schichtarten am Stück bewertet. Das lasse die einzelnen Schichtarten »kurzweiliger« erscheinen. Die höhere Flexibilität des neuen Systems wurde ebenso positiv gesehen wie das subjektive Gefühl, dass die freien Zeiten sich verlängert hätten, etwa durch die vier »freien« Tage am Stück oder die Vorwärtsrotation vor dem Nachtdienst, die nahezu einen freien Tag erwirke. Dadurch ergebe sich »geföhlt mehr Freizeit«. Des Weiteren wurde von den Beschäftigten benannt, dass sich durch die Bringschichten in den anderen Dienstgruppen die Kollegialität erhöhe und ein besserer Zusammenhalt zwischen den Dienstgruppen entstanden sei. Eine Verbesserung wurde auch hinsichtlich des Schlafes und des Wohlbefindens angegeben.

Zufriedenheit mit dem neuen Schichtsystem



Negative Äußerungen wurden insbesondere im Zusammenhang mit den Bringschichten aufgeführt. So führe die mögliche Notwendigkeit einer kurzfristigen Verfügbarkeit während der freien Tage zu einer verschlechterten Planung von privaten Aktivitäten und das Grundmuster des Schichtdienstmodells setze zu viele Bringschichten voraus. Das Fehlen von gesicherten freien Tagen wird als Hauptkritikpunkt aufgeführt.

Der Frühdienst beginnt nun schon um 6 Uhr

Die Studie untersuchte auch die Zufriedenheit in Bezug auf die veränderten Zeiten des Schichtbeginns für den Frühdienst bzw. des Schichtendes für den Nachtdienst von 7 Uhr auf 6 Uhr.

Während beim alten Schichtdienstmodell 38,6 Prozent der Befragten den Frühdienstbeginn als zu früh und 46,8 Prozent als genau richtig ansahen, beurteilten nach der Schichtplanumstellung 55,4 Prozent den Frühdienstbeginn als zu früh und 44,6 Prozent als genau richtig.

Diese negative Veränderung kehrt sich im Rahmen des Schichtendes im Nachtdienst deutlich um. Während im alten Schichtdienstmodell 52,2 Prozent das Schichtende des Nachtdienstes als zu spät und 46,4 Prozent als genau richtig ansahen, bewerteten im neuen Schichtdienstmodell nur noch 3,6 Prozent das Schichtende des Nachtdienstes als zu spät und 94,6 Prozent als genau richtig.

In diesem Zusammenhang steht auch das Ergebnis zur Befragung der einheitlichen Schichtlänge der einzelnen Schichtarten. 75 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben an, dass sie die einheitliche Dauer (jeweils acht Stunden, Früh: 6 bis 14 Uhr, Spät: 14 bis 22 Uhr, Nacht: 22 bis 6 Uhr) als gut und nur 8,9 Prozent als schlecht einstufen.

Ein weiterer Aspekt bei der Untersuchung der Zufriedenheit der Beschäftigten war die Auswahlmöglichkeit bei den Bringschichten. 94,5 Prozent der Befragten äußerten, dass sie die Mehrzahl ihrer Bringschichten nach eigener Vorliebe aussuchen konnten. Negativ wurde in diesem Zusammenhang jedoch die Art der Verteilung bewertet: Die Tage seien zu lange im Voraus geblockt.

Positives Gesamtfazit

Im Abschlussfragebogen wollte das IPAUP von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen, welches System sie generell besser finden – das alte oder das neue: Hier gaben 89,1 Prozent an, dass sie das neue Schichtdienstmodell bevorzugen, 9,1 Prozent entschieden sich für das alte Modell und 1,8 Prozent enthielten sich. Zusammenfassend zeigt sich, dass durch das neue Schichtdienstmodell eine Verbesserung hinsichtlich der Zufriedenheit der Beschäftigten herbeigeführt wurde. Das Modell wurde mehrheitlich positiv angenommen. */// POR'in Silke Engelmann, KPB Rhein-Erft-Kreis*

Gebündeltes Expertenwissen führt zum Erfolg

110 Beamte führten Ende Juni 2017 flächendeckende Kontrollen im Grenzgebiet zwischen NRW, Rheinland-Pfalz und Ostbelgien durch.



Der grenzüberschreitende Fahndungs- und Kontrolleinsatz fand bereits zum wiederholten Male statt. Die Bilanz zeigt, dass sich der Aufwand lohnt: Bei mehr als einem Viertel der überprüften Fahrzeuge wurden Verstöße festgestellt.

Der Fahrer eines Transporters wird im deutsch-belgischen Grenzgebiet bei Losheim von der deutschen Verkehrspolizei kontrolliert. Als er auf Drogen- und Alkoholkonsum angesprochen wird, versteht er plötzlich nur noch Französisch. Doch damit kommt er nicht durch. Denn die deutschen Beamten haben ihre ostbelgischen Kollegen vor Ort in der Kontrollstelle. Diese führen die Kontrolle dann in dessen Muttersprache zu Ende.

Der verantwortliche Koordinator des Gesamteinsatzes Polizeiobererrat (POR) Gereon Eich, Leiter der Direktion Verkehr der Kreispolizeibehörde (KPB) Euskirchen: »Die Kooperation zwischen der Polizeizone Eifel in Belgien und der Kreispolizeibehörde Euskirchen begann bereits vor vier Jahren. Sie hat sich kontinuierlich weiterentwickelt und dieses Jahr im Vorfeld des G20-Gipfels noch an Aktualität gewonnen. Kontrollen mit unterschiedlichen

Schwerpunkten führen die einzelnen Behörden tagtäglich durch, das Besondere ist der Umfang und das Ausmaß dieser professionellen Zusammenarbeit.«

Im deutsch-belgischen Grenzgebiet tauchen nicht nur Sprachprobleme auf. Neben alltäglichen Aufgaben wie Geschwindigkeitskontrollen oder das Aufdecken von Verstößen gegen zoll- und umweltrechtliche Bestimmungen gilt es, Reisebewegungen von Einbrecherbanden und Intensivtätern aufzuspüren. Polizeihauptkommissar (PHK) Ralf Buderath, Führungsstellenleiter der Direktion Verkehr der KPB Euskirchen: »Insbesondere in Zeiten terroristischer Bedrohungen stellen grenzüberschreitende und koordinierte Einsätze einen wirksamen Ansatz dar. Dafür ist die Zusammenarbeit zwischen vielen Fachleuten sinnvoll.«

Immer mehr Behörden machen mit

In den Anfängen lag der Schwerpunkt bei der Kontrolle von Langholztransporten. Hier kam es immer wieder zu deutlichen Überladungen. Deshalb führte die KPB Euskirchen im Jahr 2014 den ersten gemeinsamen Kontrolltag mit den belgischen Kollegen der »Polizeizone Eifel« aus St. Vith durch. In den folgenden Jahren stießen die

Kollegen des Polizeipräsidiums Trier, des Zolls sowie die Mitarbeiter des Bundesamts für Güterverkehr (BAG) dazu; in diesem Jahr auch erstmals die Bundespolizei.

POR Gereon Eich: »Unsere Idee ist: Wir bündeln die Kräfte aus den unterschiedlichen Dienststellen, um auf ein breitgefächertes Fachwissen zurückgreifen zu können.«

Dabei kann jede beteiligte Einheit ihre eigenen Schwerpunkte setzen und wird im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit tätig.

Die Bundespolizei stellt die Schleuserkriminalität in den Fokus, aber auch reisende Intensivtäter. Im Vorfeld des G20-Gipfels war sie nicht nur am Grenzübergang Aachen-Lichtenbusch, sondern somit auch im ländlichen Gebiet an der deutsch-belgischen Grenze präsent.

Die unterschiedliche Schwerpunktsetzung wird ebenso bei den LKW-Kontrollen in Rheinland-Pfalz und Belgien deutlich. Während in Rheinland-Pfalz das Hauptaugenmerk auf abfallwirtschaftliche Verstöße gelegt wurde, ist es in Belgien die technische Überprüfung der Fahrzeuge. Ralf Buderath berichtet: »Die Kollegen aus St. Vith hatten den »belgischen TÜV« vor Ort. Dieser hatte einen Rollenprüfstand aufgebaut und bei sechs Lastkraftwagen

massive Mängel an der Bremsanlage festgestellt.«

Gereon Eich ergänzt: »In unserem Grenzgebiet haben wir Firmen, die regelmäßig ihre Lastkraftwagen deutlich überladen. Daher haben wir uns für den Einsatz unserer mobilen Waage entschieden. An diesem Einsatztag haben wir allein im Bereich der Kreispolizeibehörde Euskirchen fünf LKW mit einer Überladung von mehr als 50 Prozent aus dem Verkehr gezogen.« Den nachhaltigen Erfolg merke man eindeutig bei darauffolgenden Kontrollen.

Das Erfolgsrezept fasst Eich so zusammen: »Durch die Kooperation so vieler Beteiligten können wir fast lückenlos im Grenzbereich Kontrollstellen aufbauen. Ein Ausweichen wird dadurch nahezu unmöglich.«

Mehr als jedes vierte kontrollierte Fahrzeug gab Anlass für Beanstandungen: »Da ist vom einfachen Verwarngeld über die Ordnungswidrigkeit mit mehreren hundert Euro Bußgeld bis zu strafrechtlichen Bestimmungen alles dabei«, berichtet Ralf Buderath.

Die Zusammenarbeit unter den Behörden stärken

Der Informations- und Erfahrungsaustausch mit den anderen Kollegen ist ein weiterer positiver Effekt, erläutert Buderath: »Sie glauben gar nicht, was das ausmacht, wenn man Hilfe braucht und bei anderen Dienststellen anruft. Wenn Sie ein Gesicht vor Augen haben, ist die behördenübergreifende Zusammenarbeit viel einfacher.« Das gilt nicht nur für die Kooperation mit Polizeibehörden, sondern auch mit weiteren beteiligten Behörden. Bestätigung erfährt die verbesserte Kommunikation auf einem Informations- und Erfahrungsaustausch mit allen Beteiligten nach Ende der Kontrollaktionen. Dazu begrüßte POR Eich auch den Leiter der Bundespolizeiinspektion Aachen, Polizeidirektor (PD) Roland Goerke, und den Chef der »Polizeizone Eifel«, PHK Rene Trost. Alle Beteiligten sind an der Fortführung dieser Einsätze interessiert. **/// Walter Liedtke, PHK Ralf Buderath und POR Gereon Eich, Mechernich**

ZAHLEN UND FAKTEN ZUM EINSATZ

Am Dienstag, den 27. Juni 2017, koordinierte die Kreispolizeibehörde (KPB) Euskirchen einen grenzüberschreitenden Fahndungs- und Kontrolleinsatz im Grenzgebiet zu Belgien und dem Nachbarbundesland Rheinland-Pfalz. Dabei wurden sieben Kontrollabschnitte sowie ein Abschnitt »Strafverfolgung« eingerichtet. Insgesamt wurden 246 Personen und 232 Fahrzeuge überprüft. Bei diesen Kontrollen wurden 70 Verstöße festgestellt.

An dem Einsatz nahmen 110 Beamte aus folgenden Bereichen teil:

- > Polizeizone Eifel, Belgien
- > Polizei Rheinland-Pfalz
- > Bundespolizeidirektion Sankt Augustin, Bundespolizeiinspektion Aachen
- > Polizeipräsidium Bonn, Verkehrsdienst
- > Polizeipräsidium Köln, Autobahnpolizei
- > Hauptzollamt Aachen
- > Bundesamt für Güterverkehr
- > Kreispolizeibehörde Euskirchen, Direktion Verkehr und Direktion Kriminalität



Fotos (4): Ralf Lueger

Vorreiterrolle für NRW bei digitaler Spurensicherung Vom Messrad und Maßband zur »KFZ-Forensik«



Foto: Teja Liebmam

Um bei der Unfallaufnahme Straftaten beweissicher aufzuklären, können digitale Spuren wichtige Hinweise liefern.

Das Projekt »Sicherung digitaler Fahrzeugdaten zur Verkehrsunfallaufnahme« ist bei der Polizei NRW gestartet. Die »Streife« sprach dazu mit dem Leitenden Polizeidirektor (LPD) Rüdiger Wollgramm, dem Verkehrsreferenten im Ministerium des Innern NRW. Er hat das Projekt in Auftrag gegeben.

Streife: Herr Wollgramm, die Landesarbeitsgruppe »Strategische Ausrichtung der Direktionen Verkehr« (LAG) ist seit Anfang des Jahres aktiv und wird zum Jahresende ihren Bericht vorlegen. Warum haben Sie das Projekt »Digitale Fahrzeugspuren« parallel dazu installiert?

Wollgramm: Weil es schlicht alternativlos ist: Im Kraftfahrzeugsektor schreiten die Innovationen in einer Dynamik voran, die es uns gar nicht erlaubt, Entwicklungen entspannt abzuwarten. Ziel der Landesarbeitsgruppe »Strategische Neuausrichtung« ist es, multifaktorielle Ansätze zu finden, um die Direktionen Verkehr zukunftsorientiert aufzustellen. Das Projekt hingegen beschäftigt sich detailliert und ausschließlich mit den Möglichkeiten der Sicherung, Auswertung und Nutzung digitaler Spuren bei der Unfallaufnahme. Durch die Integration einzelner Arbeitsgruppenmitglieder in das Projekt und der Projektleiterin in die

Leitungsgruppe der LAG ist ein Informationsaustausch in beide Richtungen jederzeit gewährleistet. Ich weiß um die hohe Belastung der Kolleginnen und Kollegen, die sich neben ihren Aufgaben in der Alltagsorganisation zusätzlich in Arbeitsgruppen und Projekte einbringen und mir ist auch bewusst, was das für die betroffenen Behörden bedeutet. Für dieses Engagement bin ich allen Beteiligten sehr dankbar.

Streife: Was versprechen Sie sich konkret von der Sicherung digitaler Fahrzeugspuren bei der Unfallaufnahme?

Wollgramm: Jeder Verkehrsunfall ist für die Beteiligten ein einschneidendes Erlebnis, das weitreichende Folgen nach sich ziehen kann, sowohl gesundheitlich und verhaltensrechtlich als auch bei der Schadensregulierung. Unsere Aufgabe ist es, Straftaten beweissicher aufzuklären. Wenn uns dazu neue Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die sehr viel genauere Ergebnisse liefern als es bisher der Fall ist, dann müssen wir diese auch so schnell wie möglich nutzen. Das sind wir nicht nur unserem rechtsstaatlichen Auftrag, sondern vor allem auch den Opfern von Verkehrsunfällen schuldig. Im § 163 der Strafprozessordnung steht, dass wir »Straftaten zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden

Anordnungen zu treffen haben, um die Verdunklung der Sache zu verhüten«. In der Realität sichern und messen wir Spuren auf der Fahrbahn und an der Karosserie, obwohl Sicherheitssysteme wie zum Beispiel ABS dazu führen, dass es immer weniger dieser »handfesten« Spuren gibt. Gleichzeitig vernachlässigen wir aber die Steuergeräte im Fahrzeug mit hunderten von digitalen Aufzeichnungen, die uns eine exakte Reproduktion des Geschehens erlauben. Das passt für mich in der heutigen Zeit einfach nicht mehr zusammen.

Ingenieurwissenschaftliche
Berechnungen
auf Basis mechanischer
Spurenbilder sind zwangs-
läufig mit einer großen
Toleranzspanne verbunden,
die rein physikalisch
unvermeidbar ist.
Wenn wir aber Steuergeräte
auslesen, dann ist
das Ergebnis wesentlich
genauer. Das ist ein
Quantensprung.

Rüdiger Wollgramm

Streife: Geht polizeiliche Unfallaufnahme da nicht zu weit und dringt in Bereiche vor, die technischen Sachverständigen vorbehalten sein sollten?

Wollgramm: Nein, ganz im Gegenteil: Die Sicherung des Sachbeweises am Tatort ist ein polizeiliches Kernthema, das unsere Kolleginnen und Kollegen beherrschen, weil es zu ihrem Tagesgeschäft gehört. Gleichwohl haben wir für das Projekt Fachexperten zur Qualitätssteigerung gewinnen können, die uns beraten und unterstützen – und zwar das Fraunhofer Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme, die FSD GmbH zur Fahrzeuguntersuchung und Verkehrssicherheitsforschung sowie den Unfallanalytiker Dr. Ing. Michael Weyde. Er ist ein anerkannter Fachmann und hat unter anderem den tödlichen »Raserunfall« auf dem Kudamm in Berlin untersucht. Wir befinden uns mitten in einem grundlegenden Wandel vom Messrad und Maßband zur »KFZ-Forensik«: Ingenieurwissenschaftliche Berechnungen auf Basis mechanischer Spurenbilder sind zwangsläufig mit einer großen Toleranzspanne verbunden, die rein physikalisch unvermeidbar ist. Wenn wir aber Steuergeräte auslesen, dann ist das Ergebnis wesentlich genauer. Das ist ein Quantensprung.

Streife: Mit welchen Themen beschäftigt sich das Projekt darüber hinaus?

Wollgramm: Die Zukunft gehört dem teilautomatisierten und mittel- bis langfristig auch dem vollautomatisierten Fahren. Steuerungssysteme in Kraftfahrzeugen benötigen für diese Funktionen zahlreiche Daten, die uns weiterhelfen können, wenn wir Unfälle aufklären wollen. Es stellen sich aber auch ganz neue Fragen: Angefangen bei Fehlfunktionen von Assistenzsystemen über die Feststellung, ob Mensch oder Maschine die Bewegungen gesteuert haben bis hin zur Diskussion, wem die aufgezeichneten Daten am Ende gehören. Das gleiche gilt für den Bereich »Floating Car Data« und »Connected Car«. Ich bin sehr froh, dass auch juristischer Sachverstand und die wissenschaftliche Expertise der Deutschen Hochschule der Polizei in das Projekt integriert sind.

Streife: Wann rechnen Sie mit einem Ergebnis?

Wollgramm: Unser Ziel ist es, das Projekt im Sommer 2019 zum Ende zu bringen, sehr gerne stellen wir dies dann in der »Streife« vor. Nordrhein-Westfalen und die Deutsche Hochschule der Polizei sind auf Bundesebene in der Arbeitsgemeinschaft für verkehrspolizeiliche Angelegenheiten für das Thema digitale Fahrzeugspuren verantwortlich. Auch dieses Bundesgremium blickt gespannt auf Nordrhein-Westfalen. */// Das Gespräch führte die Redaktion Streife*

Die digitale Welt der Verkehrsunfallaufnahme

Das Projekt »Sicherung digitaler Fahrzeugspuren zur Verkehrsunfallaufnahme« ist gestartet



ProDigi

Nordrhein-Westfalen

Sicherung digitaler Fahrzeugspuren zur Verkehrsunfallaufnahme durch die Polizei NRW

Welche digitalen Fahrzeugdaten werden benötigt, um einen Verkehrsunfall gerichtsverwertbar rekonstruieren zu können? Wie können diese Daten durch die Polizei gesichert und ausgewertet werden? Was ist beim ersten Angriff zu beachten? Dies sind nur einige Fragen, die das Projekt unter Leitung des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen (LZPD NRW) beantworten will. Künftig soll bei Verkehrsunfällen verlässlich bestimmt werden können, ob technisches oder menschliches Versagen die Ursache für den Unfall war.

Die Zeit drängt, denn digitale Fahrzeugdaten werden im Hinblick auf die Entwicklung zum autonomen Fahren weiter an Bedeutung gewinnen. Die Auswertung digitaler Unfallschäden stellt kein Allheilmittel dar, sondern sie bildet eine sinnvolle Ergänzung zur herkömmlichen Unfallaufnahme. Mit jedem neuen Fahrzeugmodell steigen die Chancen, über die Sicherung und Auswertung digitaler Spuren ein exaktes Bild über den Unfallhergang und die Unfallursache nach Verkehrsunfällen mit getöteten oder schwer verletzten Verkehrsteilnehmern zu gewinnen.

Gerichte nutzen bereits digitale Fahrzeugdaten

Bei einigen aufsehenerregenden tödlichen Verkehrsunfällen nach illegalen Kraftfahrzeugrennen würdigten die Gerichte bereits digitale Fahrzeugdaten zur Urteilsfindung als Beweismittel. Beim Raser-Urteil von Berlin beispielsweise verurteilte das Gericht die beiden Angeklagten wegen Mordes. Die Auswertung der digitalen Spuren hatte den bedingten Vorsatz der Angeklagten für das Gericht erhärtet. Bei einem Raser-Unfall in Köln führte das Gericht den Nachweis für ein illegales Kraftfahrzeugrennen über die Auswertung extern gespeicherter GPS-Daten.

Versteckte Daten finden

Die polizeilich benötigten Fahrzeugdaten werden an verschiedenen Stellen gespeichert. Denn in Fahrzeugen werden für die unterschiedlichsten Fahrassistenzsysteme permanent Daten erhoben. In einem Auto auf dem neuesten Stand der Technik sind mehr als 100 solcher Steuergeräte verbaut. Fahrzeugdaten werden zudem auf dem Fahrzeugschlüssel oder auf externen Servern gespeichert. LKW-Anhänger haben eigene Steuergeräte, die mit der Zugmaschine abgeglichen werden müssen. Teilweise sind die Daten verschlüsselt und nur unter Beteiligung von Dritten auswertbar.

Ein kleiner grüner Kasten mit dem Namen »Crash Data Retrieval-Tool« oder kurz »CDR-Gerät« ist eines von mehreren Mitteln, um an wichtige Daten für die polizeiliche Arbeit zu gelangen. Dabei handelt es sich um ein Auslesegerät von Fahrzeugdaten für den »Event Data Recorder« (EDR), eine spezielle Funktion im Airbagsteuergerät. Hier werden Fahrdaten wie Geschwindigkeit, Bremspedaldruck, Lenkbewegung ab fünf Sekunden vor dem Crash bis zwei Sekunden nach dem Crash gespeichert. Derzeit läuft die Beschaffung der entsprechenden CDR-Geräte beim LZPD NRW.

LKW-Diagnosegeräte werden geprüft

Daneben betrachtet das Projekt auch Diagnosegeräte für LKW, die bereits bei der Polizei in Münster, Düsseldorf und Dortmund im Einsatz sind. Beim LZPD NRW werden Diagnosegeräte unter Laborbedingungen geprüft und einem Vergleich unterzogen. Doch das Projekt beschränkt sich nicht auf die bekannten Geräte, sondern sondiert den Markt, um möglicherweise weitere Lösungsmöglichkeiten zu identifizieren und in den Feldversuch zu integrieren. In den USA gibt es für Fahrzeuge ab dem Baujahr 2012 eine rechtliche Regelung, um zumindest einige digitale Fahrzeugdaten unverschlüsselt sichern und damit auswerten zu können. In Europa fehlt eine solche Regelung noch.

Durch die Initiierung des Projektes nimmt NRW bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Das Projekt arbeitet mit verschiedenen Kfz-Sachverständigen, dem Fraunhofer Institut und weiteren Experten aus dem In- und Ausland zusammen. Wissenschaftlich unterstützen die Deutsche Hochschule der Polizei sowie die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW das Projekt. Zunächst testen die Kreispolizeibehörden Dortmund, Köln, Münster, Düsseldorf und das LZPD NRW Geräte zur Sicherung und Auswertung digitaler Fahrzeugdaten. Das Projekt besteht aus insgesamt vier Teilprojekten: Feldversuch, Daten, Recht sowie Organisation und Prozessbeschreibung. Ende Mai trafen sich die Projektmitglieder zu einer konstituierenden Kick-Off-Veranstaltung in Mülheim und entwickelten erste Projektziele. Der Start in die Zukunft der Verkehrsunfallaufnahme ist gemacht.

/// Projektgruppe ProDigi des LZPD



Foto: Dirk Haberkamp

Durch das Auslesen der Daten mit einem CDR-Gerät lassen sich wichtige Beweise sichern.

Pedelec oder E-Bike Worauf sitze ich denn nun?



Bei technischen Feinheiten informiert die Polizei NRW die Bürgerinnen und Bürger und klärt auf.

Wer mit einem elektrobetriebenen Fahrrad unterwegs ist, muss je nach Modellvariante unterschiedliche Regeln einhalten. Die rechtlichen Vorschriften sind nicht immer auf der Höhe der technischen Entwicklungen. Das macht die aktuelle juristische Lage äußerst komplex. Doch es gibt interessante neue Entwicklungen.

Mit der ersten Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO) vom 14. Dezember 2016 wurde der Begriff »E-Bike« erstmals in der Verhaltensvorschrift für den Straßenverkehr definiert: E-Bikes im Sinne der StVO sind einsitzige zweirädrige Kleinkrafträder mit elektronischem Antrieb, der sich bei einer Geschwindigkeit von mehr als 25 km/h selbstständig abschaltet.

In § 39 Abs. 7 (Verkehrszeichen) wurde folgendes Sinnbild neu aufgenommen:



In Verbindung mit § 2 StVO leitet sich hieraus nun die Möglichkeit für eben diese E-Bikes ab, außerorts einen Radweg zu benutzen.

Rechtlich komplexe Lage

Damit ist ein erster Schritt getan, doch generell fehlen weiterhin klare Definitionen auf nationaler Ebene für die elektrobetriebenen Fahrräder, da der technische Fortschritt der Gesetzgebung hier voraus-eilt. So kennt die Fahrzeugzulassungsverordnung beispielsweise in diesem Bereich nur Klein-, Leicht- und Krafträder. Bei den Bezeichnungen »Pedelec« und »Speed-Pedelec« handelt es sich um rein von den Herstellern geprägte Begriffe ohne rechtliche Bedeutung. >



Fotos (2): Jochen Tack

In einigen Fällen eilt der technische Fortschritt der Gesetzgebung noch voraus.

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN – WAS IST WAS?

- > Ein »Kraftfahrzeug« ist gemäß Artikel 1 der Begriffsbestimmungen des Wiener Übereinkommens über den Straßenverkehr von 1968 (WÜ) jedes Landfahrzeug, das mit Motorkraft bewegt wird, ohne an Bahngleise gebunden zu sein. Das Straßenverkehrsgesetz (StVG) passt sich diesem höherrangigen Recht an.
- > Derselbe Artikel des WÜ beschreibt das »Fahrrad« als ein Fahrzeug mit zwei Rädern, das ausschließlich durch Muskelkraft über Pedale oder Handkurbeln angetrieben wird.

- > Der Begriff »Pedelec« stammt aus dem Englischen und ist die Abkürzung für »Pedal Electric Cycle«. Damit ist jedes Fahrzeug gemeint, das über eine Tretkurbel bzw. Pedalen sowie einen Elektroantrieb verfügt.
- > Die Bezeichnung »E-Bike« wird in diesem Artikel als abstrakter Kernbegriff benutzt, ohne damit eine rechtliche Einstufung vorzunehmen. Damit wird lediglich ausgedrückt, dass es sich um ein Bike mit E-Motor handelt. Für die weitere Betrachtung ist es unbedingt erforderlich, die betreffenden Gesetze und Verordnungen voneinander zu trennen.



Die Beamtinnen und Beamten der Polizei NRW kontrollieren beim Radverkehr zunehmend auch Pedelecs und E-Bikes.

Pedelecs: Kraftfahrzeuge, die Fahrräder sind

Das StVG differenziert zwischen Kraftfahrzeugen und »keinen Kraftfahrzeugen«, ohne die Bezeichnung des »Fahrrades« zu verwenden. Die Begriffe »Pedelec« und »E-Bike« fehlen im StVG ganz.

Nach § 1 Abs. 2 StVG gilt jedes Landfahrzeug als Kraftfahrzeug, das nicht an Bahngleise gebunden ist und durch Maschinenantrieb bewegt wird. Seit dem 21. Juni 2013 definiert § 1 Abs. 3 StVG, was »kein Kraftfahrzeug« ist, und beschreibt damit E-Bikes indirekt als Fahrräder.

§ 1 Abs. 3 des StVG beruht auf der EU-Verordnung Nr. 168 aus dem Jahr 2013 – genauer gesagt auf Artikel 2 Abs. 2 Buchstabe h, der hier den Begriff des »Fahrrades« verwendet. Diese Variante der E-Bikes wird im Volksmund als »Pedelec« bezeichnet. Da sie über einen Elektroantrieb verfügen, handelt es sich bei Pedelecs also strenggenommen um Kraftfahrzeuge, die aber wiederum als Fahrräder anzusehen sind. Diese Differenzierung mag sonderbar erscheinen, sie ist aber nach aktueller Gesetzeslage nicht anders möglich.



Fotos (2): Jochen Tack

Nationale Verordnungen kennen den Begriff des »Speed-Pedelecs« bislang nicht.

»Speedpedelecs«

Ein Unterschied besteht zu den sogenannten »Speedpedelecs«, die mithilfe der Elektrounterstützung eine Geschwindigkeit über 25 km/h erreichen und somit aus den genannten Bedingungen herausfallen.

Die nationalen Verordnungen kennen den Begriff des »Speed-Pedelec« nicht. Eine Einstufung gelingt aber seit dem 01.01.2017 unter Anwendung der EU-Verordnung 168 aus 2013. Anhang 1 dieser für nationales Recht bindenden Verordnung beschreibt die im Absatz zuvor genannten Pedelecs als Fahrräder mit Antriebssystem der Klasse L1e-A.

Fahrzeuge, die nicht diesen Kriterien entsprechen, z.B. deren Hilfsantrieb nicht bei Erreichen einer Geschwindigkeit von 25 km/h unterbrochen wird, gelten als Kleinkraftrad, solange sie nicht darüber hinaus in den Definitionsbereich für ein Kraftrad eintreten. Durch diese rechtliche Neuerung gelten »Speedpedelecs« somit als Kleinkrafträder im Sinne der EU Verordnung.

Auch wenn eine Umsetzung dieser Definition in den nationalen Verordnungen noch abzuwarten bleibt, so gilt die EU Verordnung bereits als höherrangiges Recht.

Die Verhaltens-, Zulassungs- und Ausstattungs Vorschriften sowie die fahrerlaubnisrechtlichen Regelungen der stVO, FZV, stVZO und FEV können dementsprechend für Speedpedelecs (bis 45 km/h) als Kleinkrafträder angewendet werden.

/// POK Manfred Heßling, POK Patrick Kiehne, LAFP NRW (Dez. 32, zuständig für Rechtsangelegenheiten/ Verkehrsrecht)



In der Landesleitstelle beim LZPD NRW lassen sich nicht alltägliche Einsatzgeschehen zentral steuern.

»Gabriel an Alle« Zehn Jahre Landesleitstelle beim LZPD NRW

Die Landesleitstelle ist der kompetente Ansprechpartner und Berater für die Kreispolizeibehörden in NRW. Das gilt für herausragende und anspruchsvolle Einsatzlagen genauso wie für polizeiliche Standardsachverhalte. Dabei muss das Team an jedem Tag auf aktuelle Ereignisse reagieren.

Neuss, 1. Juli 2007, Mitternacht: Dieses Datum war die Geburtsstunde einer Dienststelle, die es in dieser Form bei der Polizei NRW zuvor noch nicht gegeben hatte. Die neue Landesleitstelle (LLSt) beim LZPD war vor zehn Jahren als bundesweit erste polizeiliche Leitstelle ihrer Art mit einer landesweiten Zuständigkeit für 47 Kreispolizeibehörden gegründet worden und damit zugleich auch eine der modernsten in Europa. Sie wurde mit Inkrafttreten des Polizeiorganisationsgesetzes II (POG II) und der damit verbundenen Gründung des »Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen« (LZPD NRW) geschaffen. Seitdem lautet ihr Funkrufname »Gabriel«. Und jeder Polizistin und jedem Polizisten in NRW ist klar: Wenn Gabriel sich über Funk meldet, dann liegt ein nicht alltägliches Einsatzgeschehen an. Vorher wurden die Aufgaben durch die Bezirksregierungen und das Innenministerium NRW wahrgenommen.



Fotos (3): Jochen Tack

Die Kreispolizeibehörden können sich rund um die Uhr auf die Unterstützung der Landesleitstelle verlassen.

Neuland für alle Beteiligten

Erwartungsgemäß war die Zusammenführung der vielfältigen Aufgaben in einer zentralen Dienststelle nicht nur spannend, sondern auch arbeitsintensiv und sehr lehrreich. Die dort eingesetzten Kolleginnen und Kollegen betraten Neuland, das mit einem Gewöhnungsprozess für alle Beteiligten verbunden war. Sechs Jahre nach ihrer Gründung erfolgte im Jahr 2013 der Umzug der Landesleitstelle in den Neubau des LZPD im Duisburger Innenhafen. Dort ist sie unmittelbar neben der IT-Leitstelle und dem ControlCenter Digitalfunk (Autorisierte Stelle NRW) untergebracht.

Inhaltlich vielfältige Arbeit

Das Spektrum der Einsatzlagen, die die Landesleitstelle beschäftigen, ist im Laufe der Jahre gewachsen, gleichzeitig ist die Bewältigung von herausragenden Einsätzen häufiger und anspruchsvoller geworden.

Zur täglichen Arbeit der Landesleitstelle gehören Einsätze wie Vermisstensuchen, Verfolgungsfahrten, Suizidlagen, Falschfahrer und Ringalarmfahndungen. Aber auch Bedrohungslagen, Geiselnahmen, Amoktaten, Entführungen, Schadenslagen und potentielle Anschlagsszenarien beschäftigen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesleitstelle. Dies gilt nicht nur für Einsätze innerhalb Nordrhein-Westfalens, sondern auch für Ereignisse, bei denen Bezüge nach NRW zumindest nicht auszuschließen sind oder die Auswirkungen in Nordrhein-Westfalen haben. So veranlasste und koordinierte die Landesleitstelle beispielsweise auch nach den Anschlägen in Paris und Brüssel, dem Putschversuch in der Türkei und der Amoklage in München Maßnahmen in NRW. Die nationale und internationale polizeiliche Zusammenarbeit gewinnt auch bei der Landesleitstelle zunehmend an Bedeutung. Bei grenzüberschreitenden Verfolgungsfahrten, Fahndungsmaßnahmen nach Geldautomatensprengungen, bei durchreisenden Fußballstörern und anderen überregionalen Einsatzanlässen nimmt die Landesleitstelle Kontakt mit den zuständigen Stellen im angrenzenden Ausland oder benachbarten Bundesland auf.

Schnelle Reaktion rund um die Uhr

Immer dann, wenn eine Kreispolizeibehörde zur Bewältigung eigener Einsätze Unterstützung braucht, steht die Landesleitstelle mit den vielfältigen Möglichkeiten des LZPD zur Verfügung. Von hier werden Sofortverstärkungskräfte, Züge der Regionalen Einsatzreserve und Spezialeinheiten ebenso entsandt wie Mantrail-Hunde und Hubschrauber – und zwar rund um die Uhr. Dies gilt auch für die Anforderung von Entschärfnern für Weltkriegs- und Bundeswehrmunition sowie des Teams für psychosoziale Unterstützung (PSU-Team) nach besonders belastenden Ereignissen.

Bei allen Einsatzlagen ist die Landesleitstelle auch das Bindeglied zwischen den Kreispolizeibehörden und dem Ministerium des Innern (IM NRW). Zugleich arbeitet sie bei vielen Sachverhalten eng mit dem Landeskriminalamt (LKA NRW) zusammen.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt ist die Informationsverarbeitung und -steuerung. Eine Fülle von EPOST810-Nachrichten und E-Mails wird gesichtet, bewertet sowie intern und extern gesteuert. Dazu zählen auch sämtliche WE-Meldungen (Meldungen



Die Landesleitstelle hat alles im Blick.

wichtiger Ereignisse). Diese bilden die Grundlage für das »Tägliche Landeslagebild«, das durch die Landesleitstelle an 365 Tagen im Jahr zusammengestellt wird und für alle nordrhein-westfälischen Polizistinnen und Polizisten im Intrapol NRW verfügbar ist.

Verstärkung für das Team gesucht

Zur Bewältigung dieser und vieler weiterer Aufgaben arbeiten bei der Landesleitstelle sechs Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes und rund 20 Kolleginnen und Kollegen des gehobenen Dienstes im Drei-Schicht-System rund um die Uhr im Pool zusammen.

Neue, engagierte Kolleginnen und Kollegen sind immer willkommen! Aktuelle Stellenausschreibungen finden Sie auch auf der Intranet-Seite der Landesleitstelle.

Für Fragen und weitere Informationen steht das Team der Landesleitstelle gerne zur Verfügung: 0203/4175-4600 (CNPOL 07-223-4600). Dies gilt auch für einen Besuch oder eine Hospitation bei der Landesleitstelle. **/// Das Team der Landesleitstelle**

WEITERE INFORMATIONEN ZUM THEMA

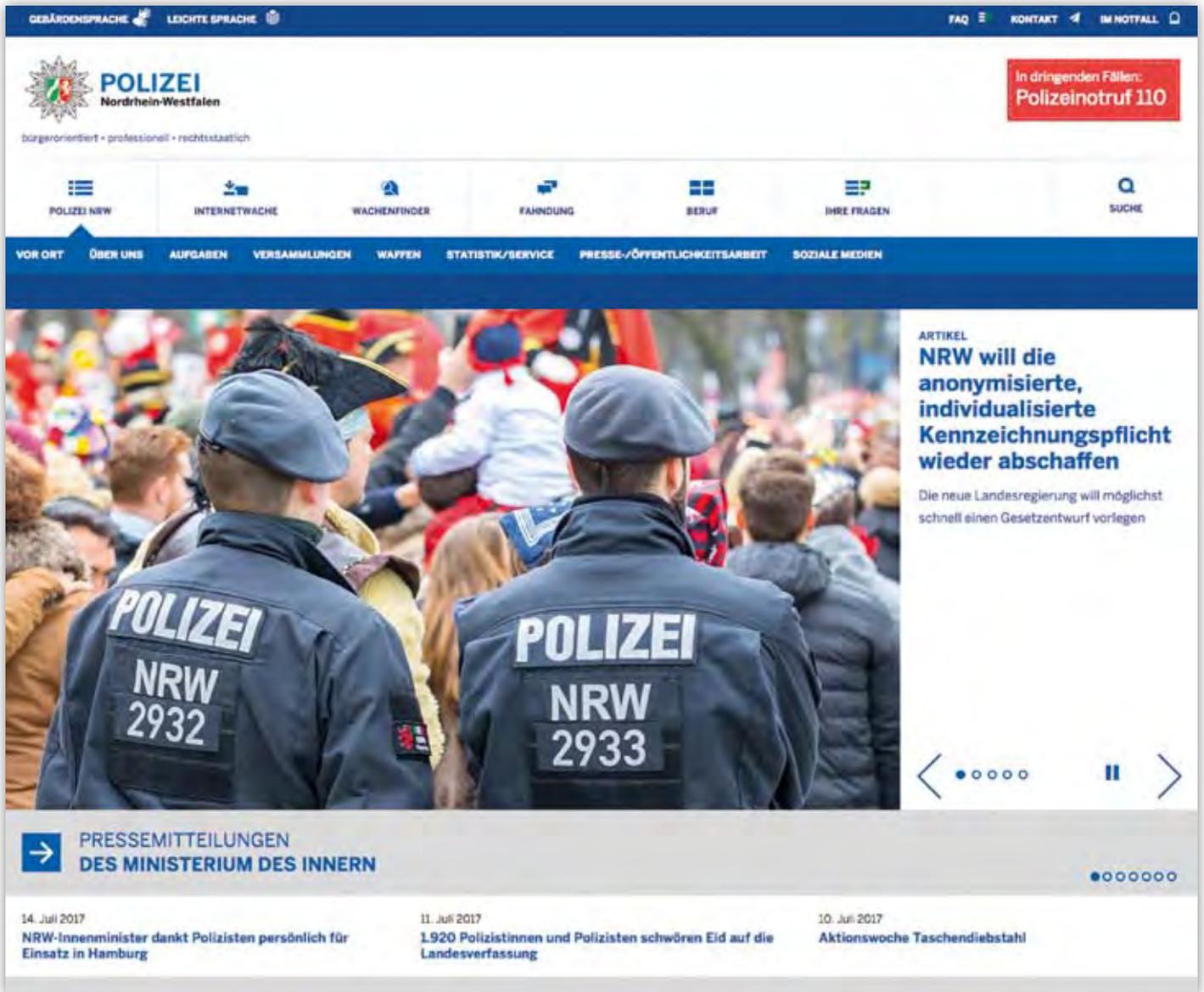
Mehr zu den vielfältigen Aufgaben der Landesleitstelle können Sie im Intrapol NRW nachlesen: <http://intrapol.polizei.nrw.de/einsatz/täglicher-dienst/landesleitstelle>.

10 JAHRE LANDESLEITSTELLE IN ZAHLEN

Seit ihrer Gründung im Jahr 2007 bearbeitete die Landesleitstelle:

- > mehr als 100.000 WE-Meldungen
- > mehr als 500.000 EPOST810-Nachrichten
- > mehr als 200.000 Einsätze in eCEBIUS
- > mehr als 3.500 Verfolgungsfahrten
- > mehr als 5.000 Ringalarmfahndungen
- > mehr als 10.000 Falschfahrten

Benutzerfreundlich und mit hohem Servicefaktor Die neue Webseite der NRW-Polizei ist unter <https://polizei.nrw> online



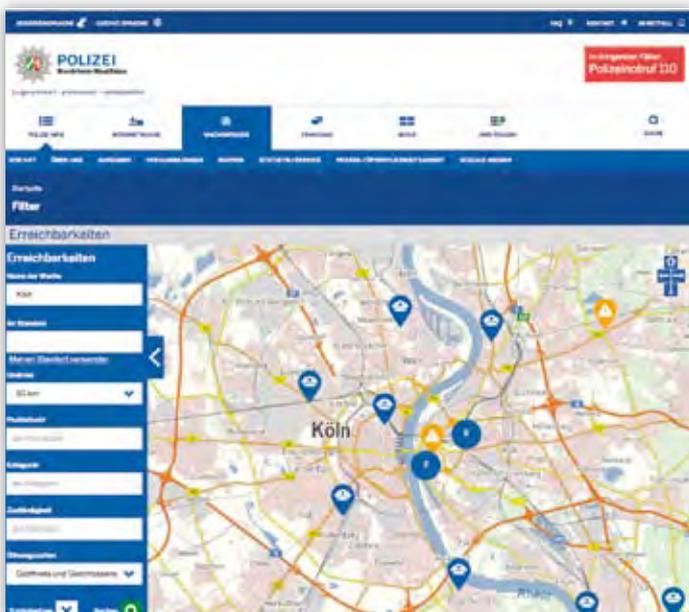
Bei den Social Media-Aktivitäten der Polizei NRW tut sich viel: Rund 30 Polizeibehörden besitzen mittlerweile eine eigene Facebookseite und einen Twitter-Account. Wöchentlich kommen weitere Behörden hinzu. Das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP) erprobt gerade den Einsatz von Instagram für den Personalwerbebereich. Doch es fehlte bislang die Basis: Ein moderner Internetauftritt für die NRW-Polizei: Mit der neuen Webseite unter <https://polizei.nrw> ist er jetzt online verfügbar.

Vor allem Bilder und Videos prägen den neuen Auftritt. Alle 50 Behördenseiten sind ähnlich aufgebaut wie die Landesstartseite und bieten eine sehr hohe Benutzerfreundlichkeit. Die Redakteure vor Ort und in der Landesredaktion haben eine Mammutaufgabe bewältigt. Navigieren ist auf dem Computer genauso komfortabel wie auf dem Smartphone oder Tablet. So finden alle Besucher schnell und einfach in die Themen, die sie gerade interessieren – und dies selbstverständlich barrierefrei. Dafür sorgen Videos in Gebärdensprache, Texte in leichter Sprache und eine optimale technische Unterstützung bei visuellen und motorischen Einschränkungen.

Das neue Content-Management-System

Ein neues Servicetool auf der Webseite ist ein Wachenfinder. Er erleichtert die Suche nach der nächstgelegenen Wache, dem nächsten Personalwerber und beispielsweise den Opferschutzbeauftragten. Natürlich können die Nutzer auch weiterhin von zu Hause auf der Internetwache Anzeige erstatten und Hinweise geben. Ein Service, der bereits in der Vergangenheit bereits gut angenommen wurde.

Vor zehn Jahren war ein Online-Redakteur bei der NRW-Polizei noch mehr ein technischer Programmierer als ein inhaltlicher Redakteur, denn die alten Webseiten mussten aufwändig in HTML programmiert werden. Noch vor einem halben Jahr dauerte das Veröffentlichen eines neuen Artikels schon einmal eine Stunde. Übersah der Redakteur dann einen Fehler, war schnell ein halber Tag vorbei, bis der Artikel endlich online war. Mit dem neuen Content-Management-System »Drupal 8« ist das jetzt Vergangenheit. Nie war es für Online-Redakteure einfacher, Artikel, Fotos und Videos einzustellen. Da die Inhalte zentral gespeichert werden, erfolgen Aktualisierungen mit einem Klick zeitgleich auf allen betroffenen Webseiten. Geschützt wird die neue Webseite durch aktuelle Sicherheitsstandards. Das geht nicht zulasten der Performance. Die Seite lädt in weniger als zwei Sekunden.



Anspruchsvolle Artikel benötigt

Doch was trotz Drupal 8 nicht einfacher geworden ist, ist das anspruchsvolle Texten der Artikel. Die Qualität der Webseite hängt ganz entscheidend davon ab, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen mitmachen, erläutert Ludger Harmeyer, der Leiter der Landesredaktion Online-Dienste der Polizei: »Die neue Webseite ist die Visitenkarte der NRW-Polizei. Wir brauchen ständig neue, interessante und fachlich fundierte Artikel. Wer könnte die besser schreiben als die Experten selbst – auf der Straße, in den Kommissariaten und in den Fachdienststellen?«

Die Umstellung auf Drupal 8 hat allerdings länger gedauert als von der Landesredaktion und dem LZPD gewünscht. Die Aufgaben und Probleme türmten sich am Anfang des Projektes wie ein riesiger Berg auf. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Öffentlichkeitsarbeit mussten viele Stunden investieren, um die Daten zu migrieren und die Seiten zu gestalten. Doch schließlich ist es jetzt gemeinsam mit dem IT-Dienstleister »init« gelungen, den Internet-Relaunch erfolgreich zu starten. Die Arbeit hat sich gelohnt: Redakteure und Leser gleichermaßen loben die Usability, Performance und die neuen Inhalte. In den kommenden Monaten sollen weitere Funktionalitäten und Angebote hinzukommen – etwa ein Fahndungs- und ein neu gestaltetes Karriereportal.

/// Nadja Kwasny, Landesredaktion Online-Dienste der Polizei



An der Hotline vom Buchungs- und Kostenrechnungsservice beantwortet André Gebhardt die Fragen der Anwenderinnen und Anwender.

Haushalts- und Rechnungsportale EPOS.NRW Landesweite Einführung für Anfang 2018 geplant

Was aktuell bereits in drei Pilot-Polizeibehörden Realität ist, soll Anfang 2018 in allen 50 Polizeibehörden im Land laufen: Das neue Haushalts- und Rechnungsportale »EPOS.NRW«. Das Projektteam hat in den Pilotbehörden viele Erfahrungen gesammelt. Sie fließen nun in den landesweiten Start von EPOS.NRW-Polizei ein.

Anlaufschwierigkeiten blieben in der Pilotphase nicht ganz aus: Systemfehler, sich stapelnde Rechnungen und Probleme bei der Bestellung von Polizeibekleidung führten zu einer ordentlichen Portion Sand im Getriebe. Doch es musste kein Polizeibeamter ohne Uniform auf Streife gehen und kein Streifenwagen blieb aufgrund von unbezahlten Rechnungen in der Garage.

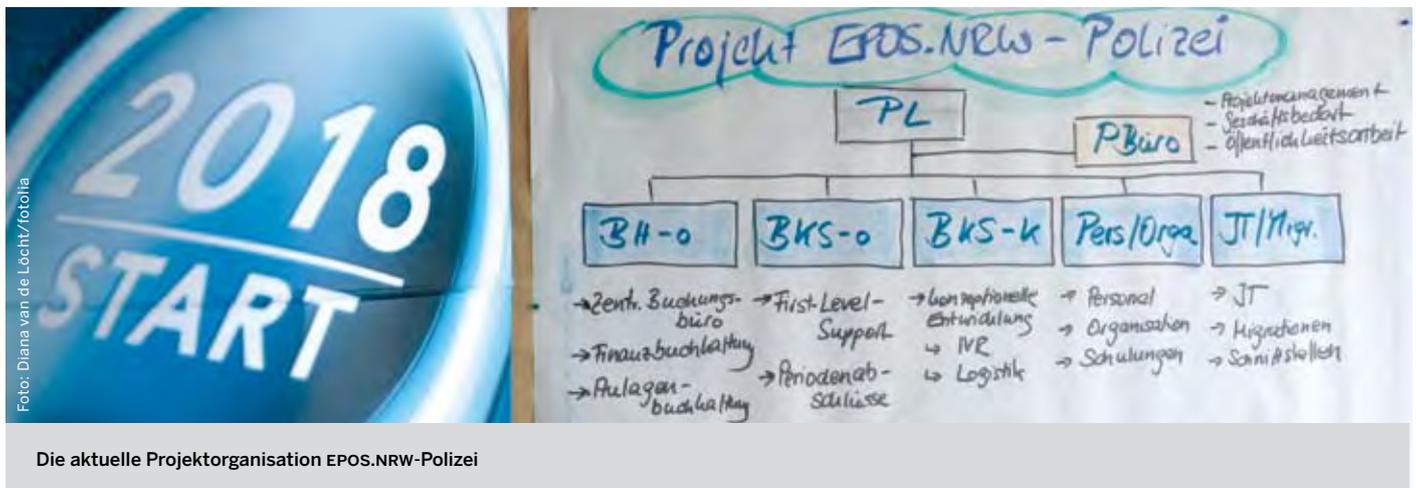
1.400 Fehlertickets werden zügig abgearbeitet

Als die Polizeibeamten der drei Behörden einige Wochen lang online keine Polizeibekleidung bestellen konnten, weil Prozesse noch nicht richtig liefen, hatte das Projekt eine alternative Bestellmöglichkeit über Outlook parat, sodass die Beamten einsatzfähig blieben. Möglich machte das eine Risikonotfallplanung im Vorfeld, die genau solche Probleme schon bedacht hatte. Seit Anfang April läuft der Shop für Polizeibekleidung wieder und er wurde seitdem weiter angepasst, um den Bestellprozess anwenderfreundlicher zu gestalten. Vor allem mit dem eigens für die

Polizei programmierten Modul für die Logistik gab es zu Beginn immer wieder Schwierigkeiten. Die Anfragen beim Support des Buchungs- und Kostenrechnungsservices (BKS), der bei fachlichen und technischen Fragen sowie bei Systemstörungen per Hotline und E-Mail zur Verfügung steht, nahmen stetig zu. Allein in den ersten vier Monaten des Pilotbetriebs haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund 1.400 Fehlertickets erstellt, von denen aber die meisten bereits abgearbeitet wurden. Fragen, die sie direkt beantworten konnten, sind dabei nicht mitgezählt. Die Verschiebung des Pilotstarts führte zudem dazu, dass die Schulungen teilweise bis zu sechs Monate zurück lagen. Die Kombination aus Systemfehlern und den lange zurückliegenden Schulungen erschwerte es den Anwenderinnen und Anwendern, routiniert mit dem neuen Programm umzugehen. Um hier mehr Sicherheit zu ermöglichen, organisierte das Projekt gemeinsam mit dem Landesamt für Finanzen NRW zusätzliche Anlaufunterstützungen in den drei Behörden. Unter den Startschwierigkeiten hatte auch das zentrale Buchungsbüro von EPOS.NRW zu leiden, in dem die in den Behörden gescannten Rechnungen weiter bearbeitet werden. Die Rechnungsstapel wurden immer höher. Zuletzt warteten mehr als 1.900 Rechnungen auf Erledigung. Da packte das restliche Team von EPOS.NRW-Polizei mit an. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten auch am Wochenende, damit der Rückstand

innerhalb kürzester Zeit aufgearbeitet werden konnte. Wenn die restlichen 47 Polizeibehörden Anfang 2018 auf EPOS.NRW umstellen, werden allein für das Buchen der Rechnungen über 40 weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen.

»Pilotbetrieb ist Pionierarbeit«, sagt Wolfgang Weber, der Leiter des Projektes EPOS.NRW-Polizei. »Die drei Pilotbehörden haben maßgeblich dazu beigetragen, das System zu verbessern. Ein großer Dank für die Geduld und das Engagement geht ausdrücklich an die Kolleginnen und Kollegen dort, die uns trotz der auftretenden Schwierigkeiten immer wieder unterstützt haben. Mit jedem Problem, das sie gemeldet haben, konnten wir Prozesse anpassen und Fehler im System beheben. Davon werden die 47 Behörden, die Anfang 2018 an den Start gehen, nun profitieren.«



Aus der Pilotphase lernen

Neben der weiteren Betreuung der drei Pilotbehörden bereitet sich das Team von EPOS.NRW-Polizei aktuell mit Hochdruck auf die landesweite Einführung vor. »Zurzeit führen wir eine Analyse und Auswertung der Erfahrungen, sowohl aus den Pilotbehörden als auch projektintern durch, um die heiße Phase im Januar 2018 noch besser planen zu können«, beschreibt Anja Gans, stellvertretende Projektleiterin und Leiterin des Projektbüros, die aktuelle Arbeitsphase. Die zahlreichen Rückmeldungen haben etwa zu einer Veränderung der Schulungsorganisation geführt. Neben der Kürzung von Fachschulungen werden verschiedene Schulungsorte angeboten und Präsenzs Schulungen durch webbasierte Trainings ersetzt.

Erschwerend kam bei den Pilotbehörden hinzu, dass einige Nutzer zu Beginn nicht die Berechtigungen hatten, die sie eigentlich benötigt hätten, um ihre Aufgaben wahrzunehmen. Anderen fehlten die passenden Schulungen. Das lag oft daran, dass die Rechte und Rollen im Vorfeld nicht korrekt vergeben worden waren. Sie bestimmen, was jeder Anwender sehen, bearbeiten und genehmigen darf und wie er dementsprechend beschult wird. Um den 47 Behörden diese Schwierigkeiten zu ersparen, organisierte das Projekt bereits im Mai Workshops mit den Vergleichsgruppen, in denen sie auf diese wichtige Aufgabe vorbereitet wurden.

Das Rad muss nicht neu erfunden werden und so ist ein Blick auf andere Projekte durchaus erlaubt. Das Projekt viva hatte sich zur Einführung den Strukturen einer »Besonderen Aufbauorganisation« (BAO) bedient und war damit gut gefahren. »Wir prüfen und bewerten zurzeit, ob wir ebenfalls eine BAO für die Umstellung der 47 Behörden einrichten werden«, sagt Elmar Derra, Teilprojektleiter Organisation/Personal. Hier ist er unter anderem für die Einführungsplanung verantwortlich. >

Was die Behörden im Vorfeld tun können

Viele Empfehlungen des Projektes haben die Behörden bereits umgesetzt. So haben sie etwa eine Vorbereitungsgruppe und ein eigenes Funktionspostfach eingerichtet. In den Pilotbehörden haben sich die zentralen Ansprechpersonen vor Ort bewährt, die intensiv geschult sind und somit für erste Fragen in den Behörden zur Verfügung stehen. Daher wird es auch in den 47 weiteren Behörden vor Produktivstart Zentrale Ansprechpersonen geben, die den Nutzern unter die Arme greifen können.

»Bei allen Bemühungen der Projektverantwortlichen, sich und die Behörden optimal auf den Januar 2018 vorzubereiten, steht und fällt der Erfolg mit dem aktiven Zutun jeder Behörde«, sagt Rainer Pannenbäcker, der Leiter des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste Nordrhein-Westfalen (LZPD NRW). »Das Projekt EPOS.NRW-Polizei ist nicht allein ein Projekt des LZPD, sondern eins der gesamten Polizei NRW. Jeder trägt also seinen Teil zu dem Gesamterfolg bei«, betonte Pannenbäcker bei der Informationsveranstaltung für die Behördenleitungen Anfang Juni in Duisburg.

Um die Einführung zu erleichtern, empfiehlt das Projektteam eine starke behördeninterne Öffentlichkeitsarbeit. »Erzeugen Sie bei Ihrer Belegschaft Transparenz und informieren Sie umfangreich über die Einführung von EPOS.NRW«, appellierte

Diana van de Löcht, Mitarbeiterin im Projektbüro und verantwortlich für die landesweite Öffentlichkeitsarbeit, auf der Informationsveranstaltung in Selm Ende Juni. Um im Nachgang Mehrarbeit zu vermeiden, rät das Projektteam, weiterhin die Datenqualität im bisher verwendeten System »Mach C/S« zu optimieren. Wie eine reibungslose Übertragung in das neue System gelingt, wurde den Behörden bereits im Mai in einem Workshop erläutert. Ein Leitfaden unterstützt bei der Bereinigung der Daten und steht auf der Projektseite im Intrapol NRW zur Verfügung.

»Je gründlicher und intensiver sich eine Behörde mit den Veränderungen und Aufgaben auseinandersetzt, umso reibungsloser wird sie die Umstellung auf EPOS.NRW erleben«, ist sich auch Rainer Pannenbäcker sicher. »Auch wenn das LZPD als der zentrale Beschaffer für alle Polizeibehörden natürlich mit sehr individuellen Problemen bei der Umstellung konfrontiert war, kann ich aus meiner Erfahrung sagen: EPOS führt man auch in den übrigen Polizeibehörden nicht mal eben nebenbei ein!«

Wer sich noch weiter zu EPOS.NRW-Polizei informieren möchte, sollte im Intrapol NRW auf die Landesprojektseite schauen. Dort findet man neben aktuellen Informationen aus dem Projekt in der Dokumentenbibliothek auch Klickvideos und Handlungsanweisungen. */// Diana van de Löcht, LZPD NRW*



Rainer Pannenbäcker, Leiter des LZPD NRW, informierte die Behördenleitungen auf einer Informationsveranstaltung in Duisburg über die Einführung von EPOS.NRW.

Foto: Pressestelle LZPD NRW

Drei Fragen an Wolfgang Weber, Projektleiter EPOS.NRW-Polizei

Streife: Herr Weber, was hat Sie an dem Projekt gereizt?

Weber: Vor meiner Zeit als Projektleiter beim LZPD war ich als Hauptdezernent bei der Bezirksregierung Düsseldorf zuständig für die Bereiche Organisation und IT. Dort hatte ich ein klar definiertes Aufgabenfeld und einen Mitarbeiterstamm von rund 70 Beschäftigten. Da habe ich schon überlegt, ob ich dieses Projekt wirklich machen will. Mich hat aber die Herausforderung gereizt, inhaltlich völliges Neuland zu betreten. Hier geht es eben um so vieles mehr als nur um die Buchhaltung und von einem System auf ein anderes umzustellen. Die Analyse aller Prozesse und die Übertragungsleistung in das neue technische System war für mich der Ansporn, diese Aufgabe anzunehmen.

Streife: Was hat Sie in der Projektlaufzeit überrascht?

Weber: Zunächst schien mir die Projektlaufzeit von 39 Monaten sehr lang. Bei der Vielfalt und Vielzahl der Aufgaben hätte ich mir mittlerweile etwas mehr Zeit gewünscht. Trotz der hohen Arbeitsbelastung beeindruckt mich immer wieder die Motivation und Leistungsbereitschaft meines Projektteams, aber auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pilotbehörden.

Streife: Was machen Sie, wenn das Projekt beendet ist?

Weber: Mit meinem Team die Sektkorken knallen lassen!

/// Das Interview führte Diana van de Löcht, LZPD NRW



Foto: Jochen Tack

Wolfgang Weber, Projektleiter EPOS.NRW-Polizei

ZAHLEN, DATEN UND FAKTEN ZU EPOS.NRW-POLIZEI

- > Laufzeit des Projektes: 39 Monate (bis Pilotstart)
- > Mitarbeiter im Projekt: 53
- > ...davon operativ im Echtbetrieb der Pilotierung: 32
- > Anzahl Fehlertickets im Pilotbetrieb: rund 1.400
- > ...davon erledigt: rund 82 Prozent
- > anstehende Schulungsmaßnahmen: mehr als 400
- > avisierte Teilnehmerzahl Schulungen: rund 8.000

EPOS.NRW BEDEUTET...

... »Einführung von Produkthaushalten zur Outputorientierten Steuerung, Neues Rechnungswesen« und steht für eine Reform des Haushalts- und Rechnungswesens. Die gesamte Landesverwaltung in NRW stellt auf die Staatliche Doppelte Buchführung um. Damit hält ein einheitliches, auf SAP basierendes technisches System Einzug und löst bei der Polizei das bisherige System »Mach c/s« ab.

Herausragende Ergebnisse

11. Polizeilandesmeisterschaften im Triathlon



Start im Verler See für die 1500m Schwimmen

Im Rahmen des gut organisierten »14. Verler Triathlons« wurden die 11. Polizeilandesmeisterschaften (PLM) im Triathlon am 16. Juli 2017 in Verl (Landrat (LR) Gütersloh) durchgeführt. Die Strecken der jeweiligen Disziplinen beliefen sich auf 1.500 m im Schwimmen, 40 km im Radfahren und 10 km im Laufen.

Insgesamt gingen 17 Polizistinnen und 59 Polizisten aus Nordrhein-Westfalen an den Start. Im Vergleich zur letzten Veranstaltung bedeutete das eine Steigerung der Teilnehmerzahl. Bei optimalen Bedingungen konnten die Triathletinnen und Triathleten der Polizei ihre Meister ermitteln:

Die drei besten Frauen

Erste: Kommissaranwärterin (KA'in) Sara Baumann (Polizeipräsidium (PP) Hagen) mit 2 Stunden, 6 Minuten und 41 Sekunden
 Zweite: Kriminaloberkommissarin (KOK'in) Rike Westermann (PP Köln) mit 2 Stunden, 9 Minuten und 33 Sekunden

Dritte: Polizeikommissarin (PK'in) Lisa Brömmel (LR Wesel) mit 2 Stunden, 10 Minuten und 23 Sekunden

Die drei besten Männer

Erster: Kriminalhauptkommissar (KHK) Götz Kreisel (LR Rhein-Kreis Neuss) mit 1 Stunde, 57 Minuten und 20 Sekunden
 Zweiter: Kriminalkommissar (KK) Max Köhler (Landeskriminalamt (LKA) NRW) mit 1 Stunde, 59 Minuten und 19 Sekunden
 Dritter: Polizeihauptkommissar (PHK) Stephan Rengelink (PP Dortmund) mit 1 Stunde, 59 Minuten und 41 Sekunden

Die besten Behördenmannschaften

Bei den Frauen erreichten Rike Westermann, Annika Jacobs und Tina Herrmann vom PP Köln nach insgesamt 7 Stunden, 22 Minuten und 4 Sekunden das Ziel.

Bei den Männern siegten Stephan Rengelink, Kamil Jablonski und Michael Hörskén vom PP Dortmund in aufsummierten 6 Stunden, 7 Minuten und 6 Sekunden vor Peter Lohmann, Kim Pruß und

Thorsten Blutau vom PP Düsseldorf in 6 Stunden, 24 Minuten und 37 Sekunden sowie dem drittplatzierten Team des LKA NRW, bestehend aus Max Köhler, Lars Vorsteher und Christian Wildschrei. Sie benötigten zusammen 6 Stunden 30 Minuten und 56 Sekunden.

Die Athletinnen und Athleten der Polizei NRW belegten damit auch im Vergleich zu den übrigen Teilnehmenden hervorragende Plätze. Alle Platzierungen kann man online unter <http://www.triathlon-verl.de> einsehen. Die sich anschließende Siegerehrung führte der Leitende Polizeidirektor (LPD) Roland Küpper, Polizeisportbeauftragter des Landes NRW gemeinsam mit Polizeiobererrat (POR) Gerhard Wolf, dem Direktionsleiter Gefahrenabwehr und Einsatz (GE) beim LR Gütersloh, und Rudolf Stahl, dem 1. Vorsitzenden des PSV Stukenbrock-Senne, durch. Roland Küpper überreichte den Ehrenpreis des Ministers an Sara Baumann für die beste sportliche Gesamtleistung der Frauen und an Götz Kreisel bei den Männern.

/// Andrea Schaub, PSK NRW



Fotos (2): PSK NRW

Der Ehrenpreis des Ministers für die beste sportliche Gesamtleistung für die Frauen ging an Sara Baumann (rechts).

NRW hat den Titel nicht verteidigen können 23. Deutsche Polizeimeisterschaft im Fußball der Männer



In der Zeit vom 29. Mai bis 2. Juni 2017 wurde in Selm die 23. Deutsche Polizeimeisterschaft im Fußball der Männer ausgetragen. Als amtierender Meister kam das Land NRW gerne einer entsprechenden Bitte des Deutschen Polizeisportkuratoriums (DPSK) um Ausrichtung dieser Meisterschaft nach.

Die praktische Umsetzung des Wettkampfes erfolgte durch eine großartige Zusammenarbeit des Polizeisportkuratoriums NRW (PSK NRW) mit dem Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP LRW), dem Dachverband der Polizeisportvereine (PSV) NRW sowie dem Polizeisportverein (PSV) Dortmund 1922.

Teilnahme der Besten

An der Endrunde der Deutschen Polizeimeisterschaft nahmen die sechs besten Polizeimannschaften der Länder teil, die sich mit Ausnahme von NRW (als amtierender Meister) in den Vorrunden qualifizieren mussten:



- > Baden-Württemberg
- > Berlin
- > Bremen
- > Hessen
- > Schleswig-Holstein

Der Einmarsch während der Eröffnungsfeier wurde durch das Landespolizeiorchester NRW unter der Leitung von Scott Lawton mit typischen Klängen aus den Herkunftsländern begleitet. Prominente Redner waren der Leitende Kriminaldirektor (LKD) Helmut Wälter als Vertreter des Direktors des LAFP NRW sowie der

Leitende Polizeidirektor (LPD) Roland Küpper als Polizeisportbeauftragter des Landes NRW. Er unterstrich die Leistungen der Mannschaften im Rahmen der Qualifikationsspiele und eröffnete feierlich die Meisterschaft.

Turniersieg für Schleswig-Holstein

In der Gruppenphase wurden die Gruppensieger durch Paarungen »Jeder gegen jeden« ermittelt. Die Finalsiege wurden am Donnerstag, dem 1. Juni 2017, ausgetragen und führten zu folgenden Resultaten:

NRW – Hessen: 0:2

Bremen – Baden-Württemberg: 1:2

Schleswig-Holstein – Berlin: 2:0

Dadurch ergaben sich in einem insgesamt fairen und spannenden Turnier folgende Platzierungen:

- > Platz 1: Schleswig-Holstein
- > Platz 2: Berlin
- > Platz 3: Baden-Württemberg
- > Platz 4: Bremen
- > Platz 5: Hessen
- > Platz 6: Nordrhein-Westfalen

Weitere Einzelheiten, Fotos und Spielberichte können im Internet auf der Webseite des PSV Dortmund (<http://www.psv-dortmund.de>) abgerufen werden.

/// **Andrea Schaub, PSK NRW**



Neuer Polizeipräsident für Köln und Leverkusen Uwe Jacob folgt auf Jürgen Mathies



Foto: Gordon Wenzek

Der 61-jährige bisherige Leiter des Landeskriminalamts NRW tritt sein Amt mit Respekt vor der Aufgabe und großer Vorfreude an.

Seit dem 12. Juli ist der neue Präsident des Polizeipräsidiums Köln offiziell im Amt: »Ich kann mir vorstellen, dass viele nach Bekanntwerden meines Namens überrascht waren. Eines kann ich Ihnen versichern: Ich war ebenso überrascht.« Er war gerade in Rotterdam auf einem Geburtstag unterwegs, als ihn der Anruf seines Vorgängers Jürgen Mathies erreichte. Der bat ihn im Auftrag von Landesinnenminister Herbert Reul, sein Nachfolger in Köln zu werden. 1977 begann der in Duisburg geborene Jacob seinen Polizeidienst auf Streife in den Stadtteilen Hamborn und Marxloh. Später folgten berufliche Stationen in Essen, Wesel, bei der Bezirksregierung Düsseldorf und im Innenministerium. Seit Dezember

2013 leitete Jacob dann das Landeskriminalamt NRW.

Bereits in den ersten Tagen lernte er im Kölner Präsidium zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennen, besuchte die Innenstadtwache an der Stolkgasse und traf sich mit der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker und ihrem Leverkusener Kollegen Uwe Richrath. »Eine größere Ehre kann es für einen Polizisten in Nordrhein-Westfalen nicht geben«, so Jacob. Er wird sich schnellstmöglich einarbeiten. »Ich versichere Ihnen, dass es mein Bestreben ist, nach und nach alle Dienststellen aufzusuchen und mit Ihnen persönlich in Kontakt zu treten – nicht nur mit den Führungskräften.« Uwe Jacob will den von seinem Vorgänger Jürgen Mathies eingeschlagenen Kurs weiter fortsetzen. Eine konsequente Strafverfolgung von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten hat für ihn dabei eine hohe Priorität. Auch gegen Rockergruppen will Jacob konsequent vorgehen lassen. Die 5.000 Beschäftigten des PP Köln bittet der neue Behördenleiter, ihn bei seiner Arbeit zu unterstützen, »damit wir gemeinsam das Vertrauen der Menschen in ihre Polizei Köln weiterhin stärken.« **/// Redaktion Streife**

Gegen das Vergessen und gegen Antisemitismus PHK a.D. Klaus Dönecke verstorben



Der engagierte Polizist erforschte die Geschichte der Polizei Düsseldorf während der NS-Zeit. Nach seiner Pensionierung setzte er seine Arbeit als Vorsitzender des Vereins »Geschichte am Jürgensplatz« in einem Büro der Jüdischen Gemeinde fort.

Klaus Dönecke verstarb am 4. Juli 2017 plötzlich und unerwartet nach mehr als 40 Dienstjahren im Alter von 62 Jahren. Er war mit ganzem Herzen Polizist, erinnert sich der Düsseldorfer Polizeipräsident Norbert Wessler: »Wir sind traurig und bestürzt. Mit Klaus Dönecke haben wir eine außergewöhnliche Persönlichkeit verloren, die die Düsseldorfer Polizei und deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit lange Zeit maßgeblich mit geprägt hat. Wir werden ihn sehr vermissen.«

Klaus Dönecke erforschte die Geschichte der Polizei Düsseldorf während der NS-Zeit. Durch seinen aktiven Einsatz

und eine jahrelange Forschungsarbeit im In- und Ausland hat er für die weitere Aufklärung der bis dahin weitgehend unerforschten Gräueltaten von Düsseldorfer Polizisten gesorgt und die Täter namhaft gemacht. Damit hat er entscheidend für Aufklärung und gegen das Vergessen gewirkt.

Er gründete den Verein »Geschichte am Jürgensplatz e. V.«, dessen Vorsitzender er bis zuletzt war, und installierte im Grundsteinraum des Polizeipräsidioms die viel beachtete Dauerausstellung »Transparenz und Schatten« zur Geschichte der Düsseldorfer Polizei. 2009 folgte eine Sonderausstellung zur Pogromnacht im November 1938.

Für seine Arbeit gegen das Vergessen wurde Klaus Dönecke mit den höchsten Auszeichnungen, die die Bundesrepublik Deutschland zu vergeben hat, gewürdigt. Schon 2010 verlieh ihm der damalige

Bundespräsident Horst Köhler das Bundesverdienstkreuz und im vergangenen Jahr wurde er innerhalb weniger Tage mit der Josef-Neuberger-Medaille, der höchsten Auszeichnung der Jüdischen Gemeinde in Düsseldorf, und dem Verdienstordens des Landes Nordrhein-Westfalen geehrt.

/// Lisa Solbach, PP Düsseldorf



Johannes Hermanns Neuer Leiter der Abteilung 2 beim LAFP NRW



Der Leitende Kriminaldirektor Johannes Hermanns hat die Funktion des Leiters der Abteilung 2 beim LAFP übernommen.

In den Jahren 2012 bis 2017 versah LKD Johannes Hermanns seinen Dienst als Direktionsleiter Kriminalität beim Landrat Mettmann. */// Redaktion Streife*

Michael Stein Neuer Leiter der Abteilung 4 beim LAFP NRW

Der Leitende Polizeidirektor Michael Stein hat die Funktion des Leiters der Abteilung 4 beim LAFP übernommen.

Von 2010 bis 2017 versah LPD Michael Stein seinen Dienst als Leiter Leitungsstab beim Polizeipräsidium Dortmund.

/// Redaktion Streife

Frank Kaiser Neuer Leiter der Direktion K beim PP Münster



Der Leitende Kriminaldirektor Frank Kaiser hat die Funktion des Leiters der Direktion Kriminalität beim PP Münster übernommen.

Zuvor leitete LKD Frank Kaiser die Bereitschaftspolizeiabteilung des Polizeipräsidium Bochum. */// Redaktion Streife*

Grusel-Musical in Hövelhof

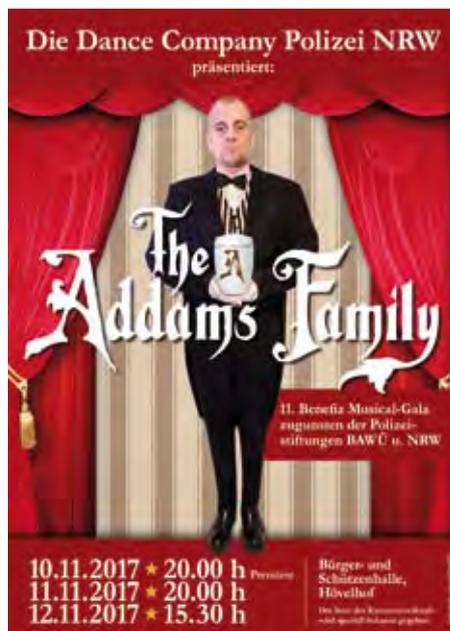
Die »Dance Company« bringt »The Addams Family« auf die Bühne

Die 11. Benefiz-Musical-Gala zugunsten der Polizeistiftungen in NRW und Baden-Württemberg findet im November an gleich drei Abenden statt.

Auch in diesem Jahr wird es wieder eine Musical-Aufführung der »Dance Company« geben. Unterstützt wird die Theatertruppe der Polizei NRW dabei durch das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten (LAFP) und weitere Behörden. Seit mehr als einem Jahr und in mehr als 3.000 Stunden wurden dafür bereits Kostüme genäht, Choreografien einstudiert, Texte gelernt, Bühnenbilder gebaut und Requisiten gebastelt. Die größte Herausforderung ist diesmal, ein Spukhaus auf die Bühne zu bringen, denn auf dem Spielplan steht das Musical »The Addams Family«. Über das Leben der aus der Fernsehserie und Kinofilmen bekannten, sonderbaren und verrückten Familie gibt es nämlich auch ein mitreißendes Musical. Es wurde 2009 in Chicago uraufgeführt und später auch am Broadway gespielt.

Die »Dance Company« bringt die düstere Morticia, den heißblütigen Gomez und den Rest der »spookigen« Familie auf die Bühne des Bürger- und Schützenhauses im ostwestfälischen Hövelhof. Weitere Vorstellungen wird es im »Haus des Bürgers« im baden-württembergischen Bad Dürkheim geben.

Diesmal stand die »Dance Company« vor einer besonderen Herausforderung, denn der Erlass, der die Belange der Truppe regelt, lief aus und niemand wusste, wie es weitergehen würde. Nichtsdestotrotz entschlossen sich die Mitglieder



des Ensembles dazu, mit der Inszenierung eines neuen Stückes zu beginnen. Außerdem war es schwer, die Rechte für ein neues Stück zu bekommen, denn die großen Musical-Produzenten wie Stage und Disney haben viele Musicalrechte vom Markt genommen. Doch es gelang, vom Verlag »Musik und Bühne« die Rechte für dieses Stück zu erhalten, das den Anforderungen der »Dance Company« in Sachen Ensemble, Bühne und Musik entspricht.

Benefiz-Grusical

Das Ensemble der »Dance Company« versteht sich als Botschafter der Polizei Nordrhein-Westfalen und möchte der Bevölkerung die Polizei aus einer anderen Perspektive zeigen. Durch die Inszenierung und Vorführung von Musicals unterstützt die »Dance Company« der Polizei NRW verschiedene soziale Projekte. Genießen Sie einen humorvollen Abend mit toller Musik, etwas Grusel und wunderbaren Choreografien. Begleiten Sie die Mitglieder der Company nach New York, auf den

Friedhof der Addams und in ihr geheimnisvolles Haus. Tauchen Sie hinab in das Dunkel dieses herrlichen verdrehten »Grusicals« und unterstützen Sie die Company dabei zu helfen, denn der Erlös der Veranstaltungen geht wie immer an die Polizeistiftungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

DAS MUSICAL »THE ADDAMS FAMILY«

Die Premiere in Hövelhof findet am Freitag, den 10. November 2017, um 20.00 Uhr statt. Zwei weitere Aufführungen wird es am Samstag, den 11. November, ebenfalls um 20.00 Uhr, und am Sonntag den 12. November um 15.30 Uhr geben. Karten können telefonisch über 01573 6964508 oder die E-Mail-Adresse dancecompany.tickets@gmx.de bestellt werden.

Die »Streifen« verlost 2 x 2 Karten für die Samstagsvorstellung am 11. November 2017. Lösen Sie dafür bitte das Kreuzworträtsel in diesem Heft und schreiben Sie auf ihrer Antwortpostkarte oder in Ihrer Antwortmail zusätzlich die Antwort auf folgende Frage:

»Wie heißt das Baby der Addams Family?«.

Ein Mord als Preis für den Wohlstand

Die »Streife« verlost 3 x 2 Freikarten für den 27. Oktober



Foto: Bernadette Grimmstein

Die Vorstellung »Der Besuch der alten Dame« findet am 27. Oktober ab 19.30 Uhr im Essener Grillo-Theater statt.

Das Grillo-Theater feiert 125. Geburtstag! Der Premierenreigen der Jubiläums-Saison beim Schauspiel Essen beginnt mit einem Stück, das die Essener im vergangenen Herbst bei der Aktion »Wünsch dir was!« selbst ausgewählt haben: Friedrich Dürrenmatts »Der Besuch der alten Dame«.

In dieser Groteske aus dem Jahr 1956 geht es um die Spende von einer Milliarde, die Claire Zachanassian den Bewohnern des heruntergewirtschafteten Provinzkaffs Güllen in Aussicht stellt, wenn sie eine Bedingung erfüllen: Die Güllener müssten ihren Mitbürger Alfred III umbringen, mit dem sie, die selbst aus Güllen stammt, noch eine Rechnung offen hat: Alfred III hatte Claire als 17-Jährige geschwängert, die Vaterschaft jedoch mithilfe bestochener Zeugen erfolgreich bestritten, und Claire musste die Stadt verlassen. Nach anfänglicher Empörung über das unmoralische Angebot, scheint nach und nach neuer Wohlstand im

maroden Nest einzukehren. Die Leute kaufen plötzlich wieder – teuer und auf Pump. Alfred III ahnt, dass es mit der Standfestigkeit seiner Mitbürger nicht weit her ist. Eine Hetzjagd durch die Stadt beginnt...

Dürrenmatts tragische Komödie, die Regisseur Thomas Krupa im Bühnenbild von Thilo Reuther und den Kostümen von Ines Burisch in Szene setzen wird, analysiert messerscharf, wieviel Moral und Solidarität in einer von Armut und Niedergang bedrohten Zivilgesellschaft noch zählen. Für die Musik zeichnet der renommierte Bassist, Komponist und Klangkünstler Hannes Strobl verantwortlich.

Neben Ines Krug als Claire Zachanassian spielen Thomas Büchel, Stefan Diekmann, Axel Holst, Denise Matthey, Stefan Migge, Philipp Noack, Stefanie Schönfeld, Sven Seeburg, Rezo Tschchickwischwili und Silvia Weiskopf. Dramaturgie: Carola Hannusch.

Verhältnismäßig	▼	kirchliches Kunstwerk	▼	asiatischer Grunzochse	▼	breiartige Speise	▼	kleines Mähgerät	▼
Einlauf in die Kanalisation		festgesetzte Gebühr		2		Hochschule (Kurzwort)		zwei Rhein-Zuflüsse	
						Hengst bei Karl May e. Motor „frisieren“		5	1
leichter russischer Reiter		Stadt u. Fluss in Tschechien		7		Objektivart (Kf.)			
anhaltendes Schreien				3		Amstracht			
				4					
Söldnertruppe		Strom zur Nordsee							6
Auszeichnung, Medaille									

si0909-25

Auflösung des letzten Rätsels

■ ■ ■ ■ ■ M ■ ■ ■ ■ S
 V E R Z U E C K T
 ■ M A I S ■ A ■ A
 ■ I H S ■ E S P E
 ■ G E T E S T E T
 ■ R E ■ R O S T
 F A H R K A R T E
 ■ N U N (1-6)
 ■ T E E Tarzan

1	2	3	4	5	6	7
---	---	---	---	---	---	---

Um an der Verlosung der Freikarten im Rahmen unseres Kreuzworträtsels teilzunehmen, müssen Sie nur das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 25. August 2017 einsenden an:

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Redaktion Streife, Friedrichstraße 62-80, 40217 Düsseldorf, E-Mail: streife@mik.nrw.de

Bitte der Redaktion: Bei E-Mails im Betreff nur PREISRÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

Normale Eintrittskarten (14 € – 29 €) gibt es im TicketCenter der Theater und Philharmonie Essen, Tel.: 0201/81 22-200, oder online unter www.schauspiel-essen.de.

Der Gewinner / die Gewinner werden durch Losverfahren durch das Redaktionsteam ermittelt. Der Gewinner / die Gewinner werden auf dem Postweg benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Zur Teilnahme am Gewinnspiel eingesandte Daten werden vier Monate nach Einsendeschluss gelöscht.

IMPRESSUM

Herausgeber

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf

Verantwortlich

Dieter Spalink,
Referat Öffentlichkeitsarbeit und
Online-Kommunikation

Redaktion

Ralf Hövelmann und Gordon Wenzek
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Redaktion *Streife*
Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf
Tel. (0211) 871-23 66
Fax (0211) 871-23 44

CN-PolNRW 07-221-2366
Internet: <http://streife.polizei.nrw>
E-Mail: streife@mik.nrw.de
ISSN 0585-4202

Schlussredaktion

pressto GmbH, Köln

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe

Dr. Jörg Bockow
Stephan Bocking, IM NRW
Ralf Buderath, KPB Euskirchen
Gereon Eich, KPB Euskirchen
Silke Engelmann, KPB Rhein-Erft-Kreis
Manfred Heßling, LAFP NRW
Patrick Kiehne, LAFP NRW
Nadja Kwasny, IM NRW
Walter Liedtke
Diana van de Löcht, LZPD NRW
Detlev Plaum, PP Aachen
Andrea Schaub, PSK NRW
Lisa Solbach, PP Düsseldorf

Grafische Gestaltung und Satz

designiert® Corporate Design, Düsseldorf
www.designiert.de

Druck

jva druck und medien, Geldern
Papier: Maxisilk

Die *Streife* erscheint im Zwei-Monats-Rhythmus 6 mal im Jahr. Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion gesandt werden. An den abgedruckten Beiträgen behält sich die *Streife* alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.



Umschlagfotos: Jochen Tack

Streife wird herausgegeben vom
Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
<http://streife.polizei.nrw> /// ISSN: 0585-4202



POLIZEI
Nordrhein-Westfalen